



Jahresbericht 2019


Phoenix
Fachberatungsstelle für Sexarbeitende

La Strada
Anlauf- und
Fachberatungsstelle
für drogengebrauchende
Frauen*


nachtschicht
★ Beratung und aufsuchende
Arbeit am Straßenstrich

Impressum

Phoenix e.V.

Escherstraße 25 | 30159 Hannover
Tel. (05 11) 898 288-01 | Fax (05 11) 898 288-19
www.phoenix-verein.org

Bankverbindung:
Bank für Sozialwirtschaft
IBAN: DE57 2512 0510 0006 4018 00
BIC: BFSWDE33HAN

Phoenix e.V. ist als gemeinnützig und besonders
förderungswürdig anerkannt vom Finanzamt
Hannover-Nord (25/207/30700) und eingetragen
beim Amtsgericht Hannover (VR 5772)

Anlässlich der Mitgliederversammlung am 20. November
2019 wurde ein neuer Vorstand gewählt.

1. Vorsitzende:	Eva Maria Müller-Beuße
stellvertretende Vorsitzende:	Maïke Wagenaar
Schatzmeisterin:	Caroline Eisenhauer
Beisitzerin:	Marianne Rademacher

Abgelöst wurden mit Eintrag ins Vereinsregister	
1. Vorsitzender:	Wilfried Westermann
stellvertretende Vorsitzende:	Eva Maria Müller-Beuße
Schatzmeisterin:	Dr. Stefanie Killinger

Phoenix e.V. wird unterstützt von dem Land Niedersachsen, der Landeshauptstadt Hannover, der Region Hannover und der Niedersächsischen Lotto-Sport-Stiftung



Niedersachsen



Region Hannover

Landeshauptstadt

Hannover

Niedersächsische

LOTTO-SPORT-STIFTUNG

Bewegen · Integrieren · Fördern

Vorwort

Rückblickend auf das Jahr 2019 wird die Bedeutung von geschützten Räumen für Menschen in prekären Lebenslagen im Bereich der Arbeit von Phoenix e.V. sehr deutlich. Diese Beobachtung findet sich im gesamtgesellschaftlichen Diskurs um öffentliche Räume und deren Nutzung in Verbindung mit Verdrängungsprozessen durch Aufwertung bzw. Gentrifizierung wieder.

Benannte Einflussfaktoren sind in etlichen Städten in Niedersachsen, so auch in Hannover, zu beobachten. In der öffentlichen und der medialen Diskussion wurde immer wieder das Bedürfnis der Bürger*innen nach mehr Sicherheit im öffentlichen Raum aufgegriffen. Angestoßen wurde diese Thematik durch die Nutzung öffentlicher Flächen von Menschen, die bezüglich ihres Lebensstils und ihres Verhaltens als „auffallend“ wahrgenommen werden. Neben ordnungspolitischen Maßnahmen wurde die Forderung nach mehr Sozialer Arbeit auf den Straßen laut. Beide Professionen haben ihre Berechtigung und ihren Auftrag, dieser ist jedoch sehr unterschiedlich was die Zielrichtung der Maßnahmen angeht, sodass eine klare Trennung der Aufträge hier nötig ist.

Die Aufwertung eines Stadtteils und das Entstehen neuer hochwertiger Wohnquartiere lässt Diskussionen um klassische urbane Lebensrealitäten laut werden. Kann in dieser Nachbarschaft ein Straßenstrich existieren? Oder muss dieser weichen? Dass die Innenstadt und die Nähe zur städtischen Infrastruktur Sicherheit für die Sexarbeitenden und ihre Kund*innen bedeutet, wird dabei oft vergessen.

Ein weiterer bedeutender Faktor ist der mangelnde Zugang zu bezahlbarem Wohnraum, um den es eine hohe Konkurrenz verschiedenster Gruppen gibt. Viele Interessent*innen sind für Vermieter*innen attraktiver als selbstständige Sexarbeitende mit Migrationserfahrung oder ein*e offensichtliche*r Drogengebraucher*in. Für diese Gruppen bleiben überbezahlte Pensionen oder die städtischen Unterkünfte.

Auch die Umsetzung des Prostituiertenschutzgesetzes führt zu einer anderen Art der Verdrängung. Hierbei weichen gute selbstbestimmte Arbeitsplätze in kleinen Wohnungsbordellen. Hohe Auflagen für die Erlaubnispflicht können oder wollen nicht erfüllt werden. Baurechtliche Vorschriften, die bisher einer Duldungspraxis unterliegen, rücken nun verstärkt in den Fokus. Auch das Verbot in den Arbeitsräumen von Bordellen zu schlafen, führte zu einer weiteren Prekarisierung der Lebensumstände, denn anderer Wohnraum steht oft nicht zur Verfügung.

Öffentliche Räume sind Orte der Begegnung unterschiedlicher Akteur*innen. Verschiedene Interessen und Bedürfnisse treffen aufeinander, was eines ständigen Ausagierens bedarf. Teilweise rufen die unterschiedlichen Interessen bezüglich der Raumnutzung Konflikte hervor, die sich in der öffentlichen Diskussion widerspiegeln. In diesen Aushandlungsprozessen kommt der Sichtbarkeit der Bedürfnisse unterschiedlicher Nutzer*innen große Bedeutung zu. Gleichwohl gibt es Menschen, die ihre Interessen nicht in der Intensität vertreten können wie andere, weil sie beispielsweise über weniger Ressourcen verfügen. Soziale Arbeit im öffentlichen Raum hat u.a. den Auftrag, Menschen und Gruppen die Stigmatisierung erfahren die Teilhabe an Aushandlungsprozessen zu ermöglichen*).

Ziele unserer Öffentlichkeitsarbeit sind u.a. die Sichtbarmachung der Auswirkungen von Stigmatisierung und Kriminalisierung auf die Lebenssituationen unserer Klient*innen, eine Sensibilisierung des öffentlichen Bewusstseins für die psychischen und physischen Beeinträchtigungen der Betroffenen und das Einbringen unserer fachlichen Expertise in politische und gesellschaftliche Prozesse, um die Situation der Betroffenen zu verbessern.

*) Vgl. Krisch / Stoik / Benrazougui-Hofbauer / Kellner: Glossar Soziale Arbeit im öffentlichen Raum. Kompetenzzentrum für Soziale Arbeit. Wien, 2011.

Soziale Arbeit benötigt Zeit. Der Aufbau von Beziehungen ist in der Regel die Basis, um Menschen zu erreichen, Interessen und Bedarfe auszuloten, gemeinsam Alternativen zu entwickeln, auszuprobieren und zu reflektieren.

Öffentliche Räume und das Ringen um diese sind auch immer ein Spiegel für das soziale Leben und die gesellschaftliche Entwicklung. Der Rückblick auf das vergangene Jahr macht deutlich, dass Freiflächen einen großen Wert besitzen und deren Nutzung Interesse hervorruft. Eine wünschenswerte gesellschaftliche Entwicklung wäre es aus unserer Sicht, dass alle Menschen in dieser Gesellschaft ihren Platz im öffentlichen Raum haben. Allein die Ausweitung aufsuchender Arbeit wird an der Gesamtsituation wenig verändern, wenn das Unterstützungssystem, dessen Botschafter*innen die Streetworker*innen sind, wenig bis keine adäquaten Angebote machen kann. Zum einen gibt es juristische Beschränkungen (z. B. Unterbringungsanspruchslosigkeit von Menschen aus EU-Ländern, Prostituiertenschutzgesetz) sowie Einschränkungen in der psychosozialen Versorgung, z. B. durch unzureichende suchtmmedizinische/psychiatrische Versorgung von (geflüchteten) Menschen und fehlende zielgruppenspezifische Konzepte beispielsweise für substanzgebrauchende Menschen mit psychiatrischen Komorbiditäten, die momentan vom Hilfesystem zwar bei der aufsuchenden Arbeit bzw. von sehr niedrigschwelligen Angeboten erreicht werden, denen jedoch wenig Optionen zur Verfügung stehen was z. B. die weiterführende Vermittlung in Wohnraum / einen festen Platz in einer Wohneinrichtung betrifft oder auch eine niedrigschwellige psychiatrische Versorgung angeht. Ein Mangel ist ebenfalls sichtbar bei der im Prostituiertenschutzgesetz ausgewiesenen Unterstützung zur beruflichen Umorientierung von Sexarbeitenden.

Als Phoenix e.V. haben wir eine lange Tradition und Erfahrung darin, uns immer wieder auf wechselnde Bedarfe und neue Bedürfnisse innerhalb unseres Arbeitsfeldes und darüber hinaus einzustellen. Wir danken dabei unseren Geldgeber*innen, die

unsere Arbeit in all den Jahren unterstützen und uns die Möglichkeit geben, denjenigen eine Stimme zu geben, die im Lärm der Geschäftigkeit allzu leicht überhört werden.

Wir danken der Stadt und Region Hannover sowie dem Land Niedersachsen für ihre Wertschätzung und die finanzielle Unterstützung unserer Arbeit, der Niedersächsischen Lotto-Sport-Stiftung, die für unser neues Projekt ein Auto realisiert hat, der Stadt Hannover – FB Soziales, der Stiftung Leben und Umwelt und dem Paritätischen Niedersachsen, die unsere Arbeit beim Strich-Code-Move finanziell und ideell unterstützt haben.

Neben den finanziellen Ressourcen, wäre unsere Arbeit nutzlos ohne die engagierten Mitarbeitenden, die in vielen Fällen sehr langjährig bei uns tätig sind und dabei doch nie Routinen verfallen. Sie sind das Gesicht des Vereins, die Stimme derjenigen die wir vertreten und das größte Kapital unserer Einrichtung. Ihnen gilt unser größter Dank für die engagierte Arbeit des letzten Jahres.

Im Jahr 2019 hat es auch einen Wechsel im Vorstand gegeben. Die langjährigen Vorstandsmitglieder Wilfried Westermann und Dr. Stefanie Killinger sind aus dem Vorstand ausgeschieden. Wir bedanken uns sehr herzlich für die lange engagierte Arbeit für den Verein und das Klientel. Wilfried Westermann hat dem Verein über Jahrzehnte als Vorsitzender ein Gesicht und eine Stimme gegeben, Dr. Stefanie Killinger hat die Arbeit des Vereins mit ihrem juristischen und menschlichen Sachverstand fachlich und menschlich bereichert.

Für den Vorstand

Eva Maria Müller-Beuße, Vorsitzende

Maike Wagenaar

Caroline Eisenhauer

Marianne Rademacher

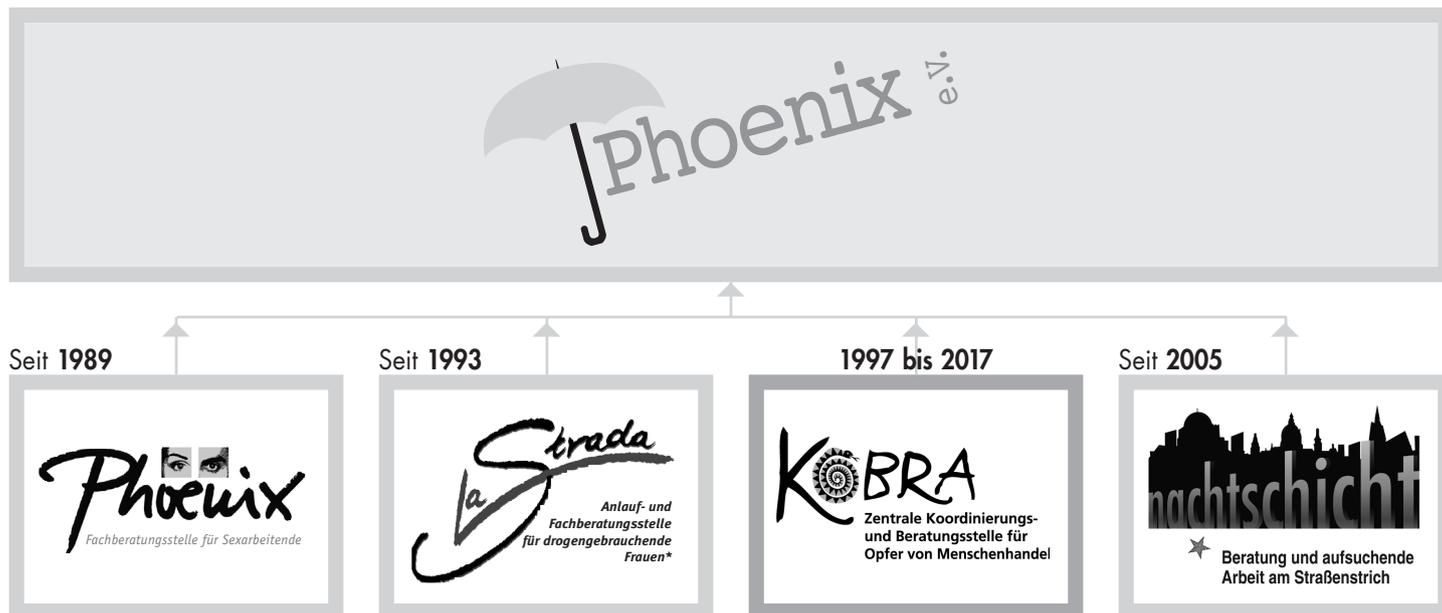
Inhaltsverzeichnis

1. Der Trägerverein Phoenix	6	3. Das Projekt La Strada	21
Der Verein im Jahr 2019 / Zahlen und Fakten	7	Das Angebot der Anlaufstelle 2019 im Überblick	22
2. Das Projekt Phoenix	9	Arbeitsbereiche der Anlaufstelle	22
Das Angebot der Fachberatungsstelle Phoenix für Sexarbeitende	9	Café-Bereich	22
Anonyme Telefonberatung / persönliche Beratung und Begleitung	9	Beratungsarbeit	23
Streetwork – aufsuchende Arbeit – niedersachsenweit	9	Streetwork und aufsuchende Arbeit	26
Unterstützung	10	Übersicht der Fachberatungsstellenarbeit in 2019	27
Öffentlichkeitsarbeit	10	Befragung offene Drogenszene	27
Veränderung, Verschiebung und Verdrängung	10	Allgemeine Öffentlichkeitsarbeit	28
Die Arbeit der Fachberatungsstelle Phoenix in 2019 mit Zahlen	13	Kollegiale Beratung / Fortbildung / Ausbildung	29
Anonyme Telefonberatung	13	Vernetzung	30
E-Mail-Beratung	14	Statistik	30
Beratung und Begleitung	14	4. Das Projekt Nachtschicht	32
Aufsuchende Arbeit	15	Projektbeschreibung	32
Modellprojekt „Stärkung der Integration von migrierten Sexarbeiter*innen in Niedersachsen durch aufsuchende Präventionsarbeit“	16	Verdrängung	33
Besondere Aktivitäten in 2019	18	Das Angebot im Jahr 2019	34
Öffentlichkeitsarbeit	19		
Kooperation und Vernetzung	20		
Fortbildung	20		

1. Der Trägerverein Phoenix

Phoenix e.V. unterhält die folgenden drei Projekte mit unterschiedlichen Arbeitsbereichen:

Seit 1988



Die Geschichte des Vereins Phoenix dokumentiert die Vielschichtigkeit der Prostitution*). Über die Jahre ist ein sich weiter auffächerndes zielgruppenorientiertes Beratungsangebot entstanden. Im August 1987 fanden sich ehemalige Prostituierte und engagierte Personen aus unterschiedlichen Berufsgruppen zusammen. Ihre Intention war es, Prostituierten bei deren Fragestellungen Unterstützung anzubieten, insbesondere im Hinblick auf HIV/Aids. Zudem sollte der gesellschaftlichen Diskriminierung Prostituierten entgegen gewirkt werden. Das Ergebnis der Diskussionen, Visionen und Planungen war 1988 die Gründung des Vereins Phoenix.

Die operative Umsetzung des Vereinsziels erfolgte im Juni 1989 mit der Einrichtung des gleichnamigen Projektes Phoenix, der Beratungsstelle für Prostituierte. Die Beratungsstelle war die erste und ist bis heute die einzige Nichtregierungsorganisation für Prostituierte in Niedersachsen. Das Projekt Phoenix wendete sich zu Beginn an jugendliche, drogengebrauchende, deutsche und ausländische Prostituierte, an deren Partner*innen, an Angehörige sowie an Kunden. Die Arbeit umfasst bis heute HIV/Aids-

*) In dem Jahresbericht werden die Termini „Prostitution“ und „Sexarbeit“ synonym verwendet. Diese Vorgehensweise ist Resultat der Verwendung des Prostitutionsbegriffs im behördlichen und juristischen Kontext sowie der selbstgewählten Nutzung des Begriffs „Sexarbeit“ von den tätigen Personen im Bereich der Erbringung sexueller Dienstleistungen.

Prävention, gesundheitliche Aufklärung, Beratung, Begleitung und konkrete lebenspraktische Hilfen. Daneben werden im Rahmen der aufsuchenden Präventionsarbeit Kontakte zu den Sexarbeitenden auf der Straße, in Bordellen, Clubs sowie Apartments geknüpft.

Im Laufe der Zeit und mit wachsender Erfahrung zeigte sich, dass die besonderen Problemlagen von drogengebrauchenden Frauen* ein spezifisches Angebot erfordern. Die Antwort darauf war 1993 die Gründung eines weiteren Schwerpunktes mit Namen „La Strada“. Zielsetzung war und ist es, den drogengebrauchenden Frauen*, die der Sexarbeit nachgehen, einen geschützten Raum zu bieten und sie in ihrer derzeitigen Lebenssituation zu unterstützen. Das niedrigschwellige Angebot ermöglicht eine Versorgung mit sterilen Konsumutensilien, existentielle Grundversorgung, Informationsvermittlung, Einzelberatung, psychosoziale Begleitung im Rahmen der Opioidsubstitution und Therapievermittlung.

Die veränderte politische Lage in Europa, die zur Grenzöffnung nach Osten führte, brachte einen Anstieg der Zahl osteuropäischer Sexarbeitenden in Niedersachsen und speziell in Hannover mit sich. Um dem genannten Personenkreis adäquate Unterstützung anbieten zu können, wurde 1994 der Schwerpunkt Osteuropa an die Beratungsstelle für Prostituierte mit einer Stelle angegliedert. Die damals eingestellte Mitarbeiterin, die heute noch für den Verein tätig ist, spricht polnisch sowie russisch und verfügt über fundierte Kenntnisse der Kultur und Gesellschaft beider Länder.

Im Jahre 1997 konzipierte der Verein einen weiteren Schwerpunkt: die Koordinierungs- und Beratungsstelle für Opfer von Menschenhandel – das Projekt Kobra. Vorausgegangen waren die Beobachtung einer steigenden Anzahl Betroffener von sexueller Ausbeutung unter Ausnutzung einer Zwangslage und damit verbunden zunehmende Beratungsanfragen in diesem Themenbereich. Das Projekt Kobra wurde zum Jahresende 2017 im Verein Phoenix zum Ruhen gebracht und hat sich als eigenständiger Verein ausgegründet.

Aufsuchende Arbeit ist seit Beginn der Arbeit ein zentraler, methodischer Ansatz der Mitarbeiter*innen des Vereins Phoenix. Die kontinuierliche Weiterentwicklung der aufsuchenden Arbeit mit der notwendigen Präsenz „vor Ort“ führte zu einem weiteren Schwerpunkt des Vereins und 2005 zur Gründung des Projektes Nachtschicht – Beratung und aufsuchende Arbeit am Straßenstrich Hannover. Die Arbeit begann unter schwierigen Bedingungen in einem umgenutzten Baucontainer in der Herschelstraße/Ecke Brüderstraße. Im Jahr 2009 konnte das „Café Nachtschicht“ in einem ehemaligen Kiosk in der Brüderstraße eröffnet werden und ersetzt seitdem den Beratungscontainer. Ein besonderes Merkmal des niedrigschwelligen Angebotes „Café Nachtschicht“ ist nach wie vor die Kooperation von Phoenix e.V. und dem Team Prävention und Gesundheitsförderung des Fachbereichs Gesundheit der Region Hannover. Dies ermöglicht ein breites Angebotsspektrum sowie die Präsenz vor Ort an vier Abenden in der Woche.

Die Veränderungen der gesetzlichen Bestimmungen in der Sexarbeit haben die Beratungsnachfrage von Sexarbeitenden aus ganz Niedersachsen beim Projekt Phoenix erhöht. Um der Nachfrage gerecht zu werden, wurde das Modellprojekt „Stärkung der Integration von migrierten Sexarbeiter*innen in Niedersachsen durch aufsuchende Präventionsarbeit konzipiert und seit Mai 2019 umgesetzt.

Der Verein im Jahr 2019 / Zahlen und Fakten

Der Verein Phoenix beschäftigte im Berichtsjahr insgesamt 16 Mitarbeiter*innen vorwiegend in Teilzeit sowie Praktikant*innen. Die Zusammensetzung der Beschäftigten ist multiprofessionell; angestellt sind zurzeit eine Beratungsassistent*in / Streetworker*in, eine Verwaltungskraft*, eine Pädagog*in (M.A.), eine Philolog*in (M.A.), eine Sozial- u. Organisationspädagog*in (M.A.), sechs Sozialarbeiter*innen / Sozialpädagog*innen (Diplom), zwei Sozialarbeiter*innen B.A., eine Heilpraktiker*in für Psychotherapie, eine Sozialarbeiter*in B.A. im Berufs-

anererkennungsjahr sowie zwei Reinigungskräfte. Die Mitarbeiter*innen bilden sich regelmäßig zielgerichtet weiter und können so das Beratungs- und Unterstützungsangebot für die Klient*innen der Projekte bedarfsgerecht weiterentwickeln. Gemäß der Zielgruppenorientierung liegt der Schwerpunkt dabei seit einigen Jahren auf der Traumaberatung und der traumazentrierten Pädagogik. Folgende Sprachen werden inhouse, teilweise muttersprachlich angeboten: Englisch, Bulgarisch, Polnisch, Russisch, Spanisch und Deutsch. Andere Sprachen werden durch Dolmetscher*innen / Sprachmittler*innen abgedeckt.

Der Vorstand ist ehrenamtlich tätig.

Der Verein hat im Jahr 2019 42 Mitglieder.

Die Finanzierung der einzelnen Projekte erfolgt aus Landesmitteln, Mitteln der Landeshauptstadt und der Region Hannover, der

Niedersächsischen Lotto-Sport-Stiftung sowie aus Drittmitteln, wie z.B. Spenden, Bußgeldern und Honoraren.

Der Verein pflegt aktiv folgende Mitgliedschaften:

Seit 1997 Gastmitglied in der Aidshilfe Niedersachsen (AHN)

Seit 1999 Mitgliedsorganisation beim bundesweiten Koordinierungskreis gegen Menschenhandel e.V. (KOK)

Seit 2006 Mitgliedsorganisation im Landespräventionsrat Niedersachsen

Seit 2007 Mitgliedsorganisation im Paritätischen Niedersachsen

Seit 2007 Mitgliedsorganisation des Landesfrauenrates Niedersachsen e.V.

Seit 2009 Mitgliedsorganisation im Bündnis der Fachberatungsstellen für Sexarbeiterinnen und Sexarbeiter e.V. (bufas)

2. Das Projekt Phoenix

Die Beratungsstelle für Prostituierte wurde im Mai 1989 eröffnet. Sie ist seitdem die einzige Beratungsstelle mit dieser Ausrichtung in ganz Niedersachsen. Unsere Expertise zum Themenkomplex Sexarbeit wird seit den gesetzlichen Änderungen (Prostitutionsgesetz aus 2002 und Prostituiertenschutzgesetz aus 2017) in den verschiedensten Gremien nach wie vor sehr stark nachgefragt. Um diesen Schwerpunkt nach außen zu verdeutlichen, wurde der Untertitel in „Fachberatungsstelle für Sexarbeitende“ geändert.

Die vielfältigen Angebote der Beratungsstelle richten sich an Sexarbeitende aller Nationalitäten, die freiwillig in der Prostitution tätig sind oder sein wollen oder die sich beruflich umorientieren wollen. Darüber hinaus richtet sich das Angebot auch an Partner*innen, Angehörige, Kund*innen und mit der Thematik befasste Institutionen. Übergeordnete Zielsetzung der Arbeit ist das Thema sexuelle Gesundheit (Prävention zu HIV/Aids und STIs) im Kontext gesundheitlicher und sozialer Beratung für Frauen, Männer und Transmenschen in der Sexarbeit. Die Grundsätze der Beratungsarbeit sind Anonymität, Freiwilligkeit und Parteilichkeit.

Im Berichtsjahr gab es personelle Veränderungen. Die Philologin M.A., die die muttersprachliche Beratung in polnischer und russischer Sprache abdeckte und im Mai 2018 in den Ruhestand gegangen ist, arbeitet bis Ende 2020 auf geringfügiger Basis (20% Stelle) an einem Tag pro Woche weiter, um einen guten Übergang für ihre Klient*innen zu gewährleisten. Die Sozialarbeiterin B.A. im Berufsamerkennungsjahr (33 Wochenstunden) mit russischen Sprachkenntnissen hat ihr Anerkennungsjaar erfolgreich im Juli 2019 beendet. Seit September 2019 wurde eine neue Sozialarbeiterin B.A. im Berufsamerkennungsjahr mit polnischen Sprachkenntnissen eingestellt und wird von einer erfahrenen Kollegin angeleitet. Weiterhin sind die beiden Dipl. Sozialpädagoginnen/Sozialarbeiterinnen mit insgesamt 1,75 Stellen tätig. Die Vollzeitstelle der bulgarischen Beratungsassistentin, finanziert durch die Landeshauptstadt Hannover für das Projekt Nachtschicht, ist weiterhin bei der Fachberatungsstelle Phoenix

angegliedert. Die Stelle der Verwaltungskraft wurde im Juni 2019 neu besetzt. 10 Stunden von den gesamt 20 Wochenstunden entfallen auf das Projekt Phoenix. Für das Modellprojekt „Stärkung der Integration von migrierten Sexarbeiter*innen in Niedersachsen durch aufsuchende Präventionsarbeit“ wurden beide Vollzeitstellen nach längerer Suche nach geeigneten Kandidat*innen besetzt. Dadurch kann die Präsenz der Beratungsstelle Phoenix im Flächenland Niedersachsen deutlich erhöht werden.

Das Angebot der Fachberatungsstelle Phoenix für Sexarbeitende

Anonyme Telefonberatung / persönliche Beratung und Begleitung (muttersprachlich in polnischer, russischer, bulgarischer und deutscher Sprache, sowie in Englisch und Spanisch, bei anderen Sprachen mit Sprachmittler*innen oder Dolmetscher*innen)

- zu sexueller Gesundheit (HIV, Aids, STIs, Testangeboten, safer sex u.a.)
- zu den Rahmenbedingungen der Sexarbeit
- zur beruflichen Orientierung (z.B. Arbeits- oder Ausbildungsplatzsuche)
- zur finanziellen Absicherung (u.a. Schulden, Sozialleistungen)
- in Krisensituationen
- bei alltäglichen Fragen
- Angehörigenberatung

Streetwork – aufsuchende Arbeit – niedersachsenweit

- in Bordellen und Clubs
- im Café Nachtschicht auf dem Straßenstrich in Hannover
- im Bereich Wohnungsprostitution
- an den Standorten der Lovemobile
- kostenloses Fortbildungsangebot für Sexarbeiter*innen am Arbeitsplatz (ProfiS)
- nach Bedarf in der Justizvollzugsanstalt

Unterstützung

- bei Behördengängen
- bei der Suche nach Unterbringungsmöglichkeiten und Wohnungen
- durch administrative Tätigkeiten
- bei der Rückkehr ins Heimatland
- durch lebenspraktische Hilfen

Öffentlichkeitsarbeit

- Veranstaltungen und Aktionen zum Thema sexuelle Gesundheit (Prävention von HIV/Aids und STI) im Kontext von Sexarbeit
- Referentinnentätigkeit zum Thema Prostitution/Sexarbeit
- Informationsgespräche zu prostitutionsrelevanten Themen
- Mitarbeit in Gremien auf kommunaler und landesweiter Ebene
- Kooperation mit Nicht-Regierungs-Organisationen auf nationaler und internationaler Ebene, die im Bereich Sexarbeit tätig sind
- Mitarbeit im Bündnis der Fachberatungsstellen für Sexarbeiterinnen und Sexarbeiter (bufas e.V.)

Veränderung, Verschiebung und Verdrängung

Das Prostitutionsmilieu unterliegt einer stetigen Veränderung, die wir genau beobachten, um mit den Angeboten der Fachberatungsstelle adäquat darauf zu reagieren.

Verdrängung findet nicht nur im Bereich der Sexarbeit statt, sondern auch in politischen und gesellschaftlichen Bereichen. Es wird immer schwieriger für die Menschen einen eigenen Lebensentwurf zu entwickeln und zu leben. Die Entscheidung zur Sexarbeit ist nicht immer aus der Not heraus, sondern gibt den Sexarbeitenden Aufmerksamkeit, Bestätigung und auch Macht, die sie im „soliden“ gesellschaftlichen Leben oft nicht finden.

Aufgrund von Generationswechslern bei den Sexarbeitenden, als auch durch die medialen Fortschritte ergeben sich Veränderun-

gen. Die jüngere Generation ist oft sehr geschickt im Umgang mit Facebook, Instagram u.a. sozialen Medien. Das scheint keine Frage der Bildung, sondern vielmehr des unbedarften Umgangs damit zu sein. Dies kann viele Vorteile und Möglichkeiten für Sexarbeitende mit sich bringen, hat aber auch Nachteile.

Seit Inkrafttreten des Prostituiertenschutzgesetzes (ProstSchG) können wir beobachten, dass in den verschiedenen Prostitutionssegmenten auch eine gewisse Verdrängung eingesetzt hat, die wir im Folgenden beschreiben:

Straßenstrich

Es gibt einen festen Stamm von Frauen*, die auf dem Straßenstrich ihre Dienste anbieten. Hierbei handelt es sich überwiegend um bulgarische, rumänische und einige deutsche Frauen. Sie arbeiten seit vielen Jahren hier und haben ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland. Zum überwiegenden Teil sind die Frauen nach dem ProstSchG angemeldet und reichen regelmäßig ihre Steuererklärungen ein.

Daneben gibt es Frauen*, die meist nur wenige Tage oder Wochen an einem Ort sind und dann weiterreisen. Manchmal treffen wir sie nur einmalig, manchmal sehen wir sie aber auch nach einigen Monaten wieder. Sie sind sehr mobil und arbeiten in verschiedenen Städten, entweder auch auf dem Straßenstrich oder in Bordellen. Einige arbeiten zwischendurch als Arbeitnehmerin und gehen nach Beendigung eines anderen Arbeitsverhältnisses oder zum Aufbessern des Einkommens auf den Straßenstrich. Teilweise werden diese Frauen* auch in anderen Städten und Gemeinden in Niedersachsen vom Projektteam wiedergetroffen, was zur Folge hat, dass ein kontinuierlicher Kontakt zu ihnen entstehen kann und bei Fragen und Schwierigkeiten Phoenix zur ersten Anlaufstelle für die Frauen* wird.

Drogengebrauchende Frauen halten sich abends oft nur für eine kurze Zeit am Straßenstrich auf. Meist bedienen sie nur wenige Kunden um Geld zur Drogenbeschaffung zu bekommen.

Nicht alle auf dem Straßenstrich arbeitende Sexarbeiter*innen sind nach dem ProstSchG angemeldet, sie arbeiten verdeckter und achten daher besonders auf Kontrollen, denen sie aus dem Wege gehen. Dadurch sind sie auch für Unterstützungsangebote schlechter erreichbar, da oft von den Sexarbeitenden nicht auf den ersten Blick erkannt werden kann, wer von einer kontrollierenden Ordnungsbehörde ist und wer von Phoenix. Dementsprechend versuchen die unangemeldeten Sexarbeitenden jeglichen Kontakt zu anderen Personen, außer den Kunden, während der Arbeit sicherheitshalber zu vermeiden.

Lovemobile

Durch die höheren gesetzlichen Auflagen zum Betreiben eines Lovemobiles ist es – gerade für Sexarbeitende mit eigenem Fahrzeug – schwerer geworden. Oft ist es finanziell nicht möglich das Lovemobile so umzubauen, dass es allen Auflagen und Anforderungen gerecht wird. Zusätzlich wird besonders häufig der Bereich der Wohnwagenprostitution Ziel verschiedener Kontrollen. So kann es sein, dass ein Lovemobile mehrfach in der Woche von der Kriminalpolizei, dem Zoll und/oder dem Ordnungsamt kontrolliert wird. Dies hat zur Folge, dass die Kundschaft aus Angst vor einem Outing fernbleibt und der/dem Sexarbeitenden nur ein Ausweichen auf Nebenstraßen oder in weniger oft kontrollierte Landkreise/Gemeinden bleibt. Durch die Häufung der Lovemobile in diesen Gegenden steigt der Preisdruck durch die Konkurrenz enorm und manche Sexarbeitende fühlen sich genötigt, Leistungen anzubieten, die sie eigentlich nicht möchten, bspw. Geschlechtsverkehr ohne Kondom, und/oder diese zu einem extrem günstigen Preis zu verkaufen.

Wohnungsbordelle / Bordelle / Laufhäuser

Seit Inkrafttreten des Prostituiertenschutzgesetzes hat die Attraktivität der Bordelle und Laufhäuser zusehens nachgelassen. In den Laufhäusern und Bordellen in Hannover sind häufig viele Zimmer frei, da scheinbar nicht genügend Frauen* dort arbeiten möchten. Die Mieten sind hoch und müssen jeden Tag bezahlt

werden, doch reichen die Einnahmen oftmals nicht aus, damit die Sexarbeitenden genügend für ihren eigenen Lebensunterhalt und den ihrer Familien verdienen. Zudem finden hier nur angemeldete Sexarbeitende einen Arbeitsplatz, da viel kontrolliert wird und die Bordellbetreiber*innen kein Bußgeld riskieren wollen.

Im Gegenzug ist im ländlichen Bereich in Niedersachsen eine Verschiebung der Wohnungsprostitution in die Großbordelle oder auch FKK Clubs zu beobachten. Kleinere Bordelle haben häufig Probleme, die Auflagen des Prostituiertenschutzgesetzes zu erfüllen und geben auf.

Escort

Ein großer Anteil der im Escort-Bereich tätigen Sexarbeitenden ist deutschsprachig und/oder hat einen guten Bildungsstand. Vor allem bei Studierenden ist der Escort Service schon immer ein lukrativer Nebenjob gewesen. Doch gerade bei dieser Gruppe von Sexarbeitenden hätte ein mögliches Zwangsouting durch eine offizielle Anmeldung nach dem ProstSchG weitreichende Folgen für die Zukunft in Bezug auf Karriere und Familie. In Folge dessen meldet sich nur ein sehr geringer Anteil dieser Gruppe an. Meist werden über einschlägige Internetseiten nur Telefonnummern getauscht und direkt Haus- oder Hotelbesuche vereinbart. Durch dieses Vorgehen ist zwar die Anonymität gewahrt, die Sexarbeitenden bringen sich aber in große Gefahr, da keinerlei Sicherheitsvorkehrungen getroffen werden können. Es gibt keinen Hintergrundcheck der Kunden (wie sonst bei Escort Agenturen üblich), keine Kolleg*innen vor Ort, kein Sicherheitspersonal oder auch nicht die Möglichkeit die Bezahlung einzuklagen.

Gerade bei jungen unerfahrenen Frauen* boomt aktuell der so genannte „Sugarbabe“-Bereich. Hier wird über Onlineportale eine Vermittlung von „Sugarbabes“ an „Sugardaddys“ angeboten. Der „Sugardaddy“ finanziert z.B. das Studium, zahlt die Wohnungsmiete und/oder Urlaube, Kleidung und stellt andere Luxusgüter zur Verfügung. Im Gegenzug hat das „Sugarbabe“

die Aufgabe, dem „Sugardaddy“ sexuell jederzeit zur Verfügung zu stehen. Auch hier ist es ein Problem, dass die jungen Mädchen/Frauen* oft ohne jegliche Kenntnisse des Berufes der Sexarbeitenden eigene Grenzen nicht kennen und einhalten können. Häufig grenzen diese Sexarbeitenden sich ab, indem sie sich selbst nicht als Prostituierte bezeichnen.

BDSM Studios

Ähnlich wie bei Escorts arbeiten oft deutschsprachige Frauen* in diesem Bereich der Sexarbeit. Da auch diese häufig Angst vor einem Outing haben, schwindet die Anzahl der BDSM Studios (umgangssprachlich auch Sado Maso Studios genannt) in ganz Niedersachsen. Zu beobachten ist eine Verschiebung dieser Szene in private Bereiche wie Swinger-Partys und Sado-Maso-Partys. Hier verschwimmen die Grenzen zwischen professioneller Sexarbeit und privatem Vergnügen, so dass hier oft der Zugang für Beratungsstellen wie Phoenix verweigert wird, aus Angst vor Kontrollen und daraus resultierenden Konsequenzen.

Stricher / Callboys

Schon vor Inkrafttreten des Prostituiertenschutzgesetzes war es für die Mitarbeiterinnen von Phoenix schwierig, Zugang zu männlichen Sexarbeitern zu bekommen. Durch die zwingende Anmeldung nach dem ProstSchG sind Stricher und/oder Callboys noch seltener öffentlich in einschlägigen Kneipen oder anderen Etablissements anzutreffen. Auch hier hat sich der Anbahnungsbereich überwiegend ins Internet verschoben. Zusätzlich ist der Zugang zu den Sexarbeitern für Beratungsstellen enorm erschwert, da über SMS oder telefonisch angebahnt wird und bei nicht geschäftlichen Anrufen häufig aus Unsicherheit direkt aufgelegt oder geblockt wird. Da männliche Sozialarbeiter einen besseren Zugang zu dieser Gruppe der Sexarbeitenden haben, ist hier eine Zusammenarbeit mit anderen Institutionen wie den Gesundheitsämtern oder den Aidshilfen notwendig.

Verdeckte Wohnungslosigkeit

Auf dieses Problem sind wir auch schon in vergangenen Jahresberichten eingegangen. Aufgrund der Mobilität haben viele Sexarbeitende keine eigene Wohnung, konnten bisher jedoch in den Bordellen und Arbeitswohnungen schlafen. Das geht seit dem Inkrafttreten des Prostituiertenschutzgesetzes nicht mehr. Für Übernachtungsplätze, Pensionen etc. muss zusätzlich Miete gezahlt werden, die aber vorher verdient werden muss. Zudem ist meist keine Anmeldung möglich. Mit dem „Verkauf“ von Melde- oder Postzustelladressen wird wiederum die Not vieler Menschen ausgenutzt. Hierbei werden in einer Wohnung gegen monatliche Bezahlung Menschen angemeldet, die dort aber nicht wohnen können. Das bedeutet häufig doppelte Kosten – für die eigentliche Unterkunft die Monatsmiete, sowie zusätzliche Kosten für die Meldeadresse, die sogar bis zu 300 Euro monatlich betragen kann.

Verschärfung des Freizügigkeitsrechtes

Parallel zur Einführung des Prostituiertenschutzgesetzes beobachten wir eine Verschärfung anderer Gesetzgebungen. Zum Beispiel ist der Zugang zum Sozialsystem für EU-Bürger*innen durch strengere Regelungen des Freizügigkeitsgesetzes und zum Daueraufenthaltsrecht erschwert.

Das spüren migrierte Sexarbeitende besonders. Viele von ihnen leben in prekären Verhältnissen und verdienen nicht ausreichend um ihren Lebensunterhalt für sich und ihre Familie neben der Wohnungsmiete und der Krankenversicherung zu finanzieren. Um ergänzende Leistungen beim Jobcenter beantragen zu können, wird neben der Vorlage vieler Unterlagen sehr genau der Aufenthalt in Deutschland und die Finanzierung dieses Aufenthaltes geprüft und muss zusätzlich glaubhaft erklärt werden. Weiterhin muss ein Bankkonto eröffnet werden und die Menschen müssen in Deutschland krankenversichert sein. Die Wohnungsmiete darf einen bestimmten Höchstsatz nicht überschreiten. Zu jedem einzelnen Punkt (kein Bankkonto, keine Kranken-

versicherung etc.) gibt es verschiedene Begründungen, warum die meisten dieser Personengruppe die Voraussetzung nicht erfüllen. Dies kann die fehlende Vorversicherung sein, der fehlende Wohnsitz etc. pp.

Für **Drittstaatler*innen** fehlen die Möglichkeiten zu legaler Sexarbeit völlig. Sie können nur noch in illegalen Prostitutionsstätten arbeiten. Das bedeutet für sie eine große Gefahr Opfer von Ausbeutung und Gewalt zu werden. Wegen ihres illegalen Aufenthaltes arbeiten sie versteckt und oft in nicht angemeldeten Bordellen und Wohnungen, die sie nach ein paar Tagen oder Wochen wechseln. Dadurch sind sie für Beratungsstellen nicht mehr erreichbar. Zudem muss realistisch festgestellt werden, dass Beratungsstellen dieser Gruppe von Sexarbeitenden kaum konkrete Hilfe anbieten können. Für weiterführende Hilfen in Bezug auf legale Arbeitsmöglichkeit und Aufenthalt gibt es keinen gesetzlichen Rahmen, obwohl dies dringend notwendig wäre.

Ein Ziel des Prostituiertenschutzgesetzes ist es, beim „Ausstieg“ aus der Prostitution zu helfen. Das bedeutet u.a. eine Unterstützung bei der **beruflichen Umorientierung**. Qualifizierte berufliche Umorientierung ist aber nach der jetzigen Gesetzgebung nur mit der Gewährung von Leistungen des Jobcenters möglich. Immerhin fällt während dieser Zeit das Einkommen weg und Umschulungen und Qualifizierungsmaßnahmen kosten viel Geld. Wie schwierig oder teilweise unmöglich der Zugang für manche Personengruppen ist, wurde oben bereits erwähnt. Hier muss der Gesetzgeber nachbessern und Ausnahmeregelungen möglich machen. Um Sexarbeitenden eine berufliche Umorientierung zu erleichtern, müssen sie individuell beraten werden. Dabei ist eine gute Zusammenarbeit der Beratungsstellen und den Jobcentern hilfreich und wichtig.

Von verschiedenen Seiten wurde an die Fachberatungsstelle der Wunsch herangetragen, erneut eine Qualifizierungsmaßnahme anzubieten (wir haben in den vergangenen Jahren bereits mehrere Qualifizierungsmaßnahmen in Kooperation mit Bildungsträ-

gern, wie z.B. zur Qualifizierung im Bereich Bürotätigkeit oder in Helferberufen, durchgeführt). Um zielführend zu sein, muss der Zugang für die Sexarbeitenden niedrigschwellig und ohne Voraussetzungseinschränkungen möglich sein. Der Lebensunterhalt der Teilnehmenden muss für die Dauer einer Maßnahme gesichert sein. Nach den jetzigen gesetzlichen Voraussetzungen spricht jedoch einiges dagegen, dass eine entsprechende Qualifizierungsmaßnahme zustande kommen kann, weil viele potentielle Teilnehmer*innen nicht für Leistungen des Jobcenters in Frage kommen.

Anhang: Während dieser Bericht geschrieben wird, dürfen Sexarbeitende aufgrund der Corona-Krise ihrer Erwerbstätigkeit nicht mehr nachgehen und das bringt sie in große Not, denn selten gibt es finanzielle Reserven. Viele sind nun mittellos, wohnungslos und können nicht zurück in ihre Heimat. Manche versuchen einen Antrag auf Sozialleistungen beim Jobcenter zu stellen, was aktuell wegen der Corona-Krise vereinfacht werden soll. (Im Jahresbericht 2020 wird intensiv auf die Auswirkungen dieser besonderen Situation auf Personen in der Sexarbeit eingegangen.)

Die Arbeit der Fachberatungsstelle Phoenix in 2019 mit Zahlen

Anonyme Telefonberatung

Bei der anonymen Telefonberatung ging es inhaltlich im Wesentlichen um rechtliche Fragen im Zusammenhang mit der Prostitutionstätigkeit, insbesondere zu den Veränderungen, die sich durch das Prostituiertenschutzgesetz und dessen Umsetzung ergeben haben. Das Gesetz wird in Niedersachsen nicht einheitlich umgesetzt. Nach zweieinhalbjährigem Bestehen zeigen sich in der Praxis die Unzulänglichkeiten des Gesetzes und die daraus resultierenden Schwierigkeiten für die einzelnen Sexarbeitenden und Betreibenden. Daher bestand und besteht in

der Branche nach wie vor Verunsicherung und weiterhin Informationsbedarf. Die Fragen der Ratsuchenden bezogen sich im Berichtsjahr mehr auf die Konsequenzen des Gesetzes. Es ging um die Themen Steuern (Buchführung, Steuererklärungen), Krankenversicherung, berufliche Veränderung, Wohnungssuche und vieles andere mehr. Bei größerem Gesprächsbedarf zu den Auswirkungen des Gesetzes auf die eigene individuelle Situation ergaben sich häufig persönliche Beratungsgespräche.

Die Anfragen im Rahmen der anonymen Telefonberatung kamen sowohl aus dem Stadtgebiet und der Region Hannover als auch aus ganz Niedersachsen, teils auch aus anderen Bundesländern und dem Ausland. Insgesamt wurde die anonyme Telefonberatung im Berichtsjahr von 273 Personen in Anspruch genommen. Die Anfragen werden von Sexarbeitenden, deren Partner*innen, von Familienangehörigen oder Mitarbeitenden von Institutionen und Behörden, die Kontakt zu Sexarbeitenden haben, aber auch von Betreibenden gestellt.

E-Mail-Beratung

Da Phoenix niedersachsenweit die einzige Beratungsstelle für Sexarbeitende ist, ist das Medium Internet für die Kontaktaufnahme von großer Bedeutung. So haben sich im Berichtszeitraum 108 Personen per E-Mail mit Phoenix in Verbindung gesetzt. Einige sind über eine Suchmaschine auf die Homepage von Phoenix gekommen, andere über eine Verlinkung zu Phoenix auf anderen, häufig milieuspezifischen Internetseiten oder über Hinweise von anderen Institutionen und Behörden, bzw. durch die Vergabe von Info-Materialien während der aufsuchenden Arbeit von Phoenix.

Im Berichtsjahr gab es durchschnittlich ca. 1200 Besuche pro Monat auf der Internetseite der Beratungsstelle Phoenix.

Beratung und Begleitung

Die Möglichkeit des persönlichen Beratungsgesprächs wird hauptsächlich von Sexarbeitenden, Partner*innen und Angehörigen in Anspruch genommen. Dieses findet nach einer vorausge-

henden telefonischen Kontaktaufnahme überwiegend in der Beratungsstelle statt, auf Wunsch aber auch an anderen Orten, etwa im Café oder am Arbeitsplatz der Rat suchenden Person. Aus den Beratungen entwickeln sich aufgrund der individuellen Situation oft langfristige Begleitungen. Die Dauer der Begleitung ist sehr unterschiedlich. Sie kann sich von einigen Monaten bis über mehrere Jahre – auch mit Unterbrechungen – erstrecken. Bei hohem Beratungsbedarf können auch wöchentliche Termine stattfinden, die bis zu einer Stunde dauern.

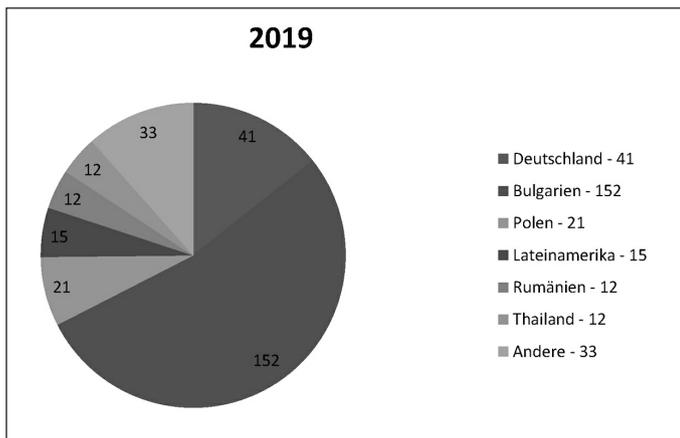
Die Beratungsschwerpunkte sind dabei in erster Linie psychosozialer Art, wie Krisenintervention, persönliche und familiäre Probleme. Von zunehmendem Gewicht sind aber auch Fragen zur finanziellen Absicherung, zu rechtlichen und milieuspezifischen Rahmenbedingungen in der Sexarbeit, im Besonderen zu Steuern und Krankenversicherung, zur medizinischen Versorgung bei fehlender Krankenversicherung, zur Schuldenregulierung, zur beruflichen Orientierung und etlichen anderen Themen. Ein weiterer inhaltlicher Schwerpunkt ist der Bereich sexuelle Gesundheit. Dazu gehören Fragen zu sexuell übertragbaren Infektionen (einschließlich HIV/Aids) und Testung, risikoreichen Sexualpraktiken, Safer Sex, zum geplatzten Kondom, zu (ungewollter) Schwangerschaft und Verhütung und Vielem anderen mehr.

In 2019 war weiterhin die Umsetzung des Prostituiertenschutzgesetzes und dessen Auswirkungen Thema der Beratungen. Es herrscht nach wie vor Verunsicherung und Informationsbedarf. Einhergehend mit den rechtlichen Veränderungen erhalten die Themen Steuern und Krankenversicherung nochmals erheblich mehr Relevanz. Bei Sexarbeiter*innen aus Drittstaaten stehen die aufenthalts- und arbeitsrechtlichen Belange im Vordergrund.

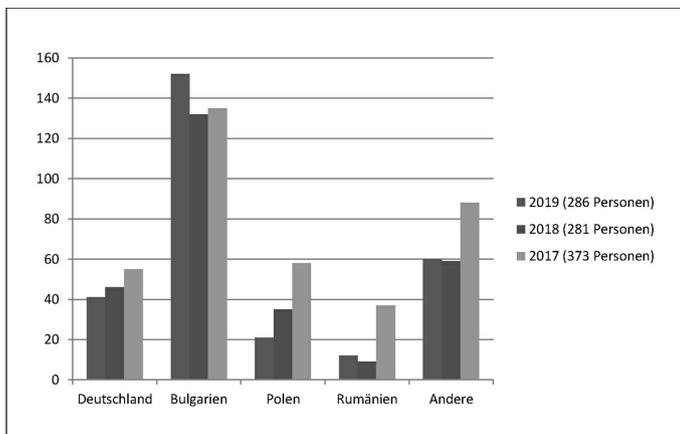
2019 nahmen 286 Personen, davon 267 aktive oder ehemalige Sexarbeiter*innen und 19 Angehörige, das Angebot von Phoenix in Anspruch. Die zahlreichen Kinder, die auch Unterstützungsbedarf haben, sind in den Zahlen nicht mit erfasst.

Von den Ratsuchenden kamen 41 aus Deutschland – das entspricht 14% – und 245 – das entspricht 86% – ursprünglich

nicht aus Deutschland. Davon waren 152 (53%) aus Bulgarien, 21 (7%) aus Polen, 15 (5%) aus Lateinamerika, je 12 (4%) aus Rumänien und Thailand, fünf aus Litauen, vier aus Lettland, je drei aus Tschechien, Ungarn und Nigeria, je zwei aus Weißrussland und der Ukraine, je eine aus der Türkei, Albanien und dem Iran. Bei acht Personen war die Herkunft unbekannt.



Nationalitäten der Ratsuchenden



Herkunft der Ratsuchenden im Vergleich zu 2018 und 2017

Die Zahl der Ratsuchenden bulgarischen Frauen hat durch die Möglichkeit der muttersprachlichen Kontaktaufnahme während der aufsuchenden Arbeit weiterhin zugenommen. Ebenso wird die Information darüber im Internet und über Mund-zu-Mund-Propaganda unter den Sexarbeitenden als ursächlich dafür gesehen. Von den bulgarischen Frauen verfügen immer mehr über deutsche Sprachkenntnisse. Daher kann dann die weiterführende Beratung auch von den deutschsprachigen Mitarbeiterinnen übernommen werden. Das verdeutlicht auch, dass der Bedarf an muttersprachlicher Beratung vorhanden ist, jedoch aufgrund finanzieller und personeller Voraussetzungen von uns nicht für alle Sprachen gleichermaßen bedient werden kann.

Aufsuchende Arbeit

Aufgrund des hohen Informationsbedarfs zum Prostituiertenschutzgesetz, sowohl von Seiten der Sexarbeitenden als auch von Seiten der Betreibenden, hat die aufsuchende Arbeit einen großen Stellenwert in der Arbeit von der Beratungsstelle Phoenix. Die Mitarbeiterinnen des Modellprojekts „Aufsuchende Präventionsarbeit in Niedersachsen“ sind seit August landesweit unterwegs (mehr dazu im anschließenden Punkt)

An 37 Terminen wurde die aufsuchende Arbeit im Bereich der Apartments, der Clubs, der Bordelle und der Lovemobile in der Stadt und Region Hannover und bis Ende Juli niedersachsenweit durchgeführt. Die aufsuchende Arbeit im Bereich der Wohnungsprostitution wird auch in Kooperation mit dem Team Prävention des Fachbereichs Gesundheit der Region Hannover angeboten. Aufgrund von krankheitsbedingten Personalausfällen konnte diese nur an 16 Terminen durchgeführt werden. Dabei wurden 133 Sexarbeitende und 5 Wirtschaftler*innen angetroffen. Zusätzlich hat Phoenix an weiteren 21 Terminen aufsuchende Arbeit durchgeführt. Dabei wurden 102 Sexarbeitende und 4 Wirtschaftlerinnen und zwei Betreiber erreicht.

Die bulgarische Mitarbeiterin von Phoenix hat an 26 Freitagen Treffen mit bulgarischen aktiven und ehemaligen Sexarbeitenden

in einem Café am Steintor angeboten. Durchschnittlich nahmen fünf Frauen daran teil. Das Treffen dient dem Austausch untereinander und der Hilfe zur Selbsthilfe.

Inhaltlich ging es in erster Linie um die Veränderungen durch das Prostituiertenschutzgesetz und in dem Zusammenhang auch um das Gewerbe- und Baurecht, die steuerliche Anmeldung, ausländerrechtliche Fragen sowie die Krankenversicherung. Ebenso wurden prostitutionsrelevante Themen wie „Safer Sex“, sexuell übertragbare Infektionen, deren Übertragungswege und Testangebote, Sexpraktiken, sowie milieuspezifische Themen angesprochen.

An 94 Abenden, davon 49 im Rahmen des Projektes Nachtschicht, hat Phoenix im Berichtsjahr das Café Nachtschicht am Straßenstrich geöffnet und den dort tätigen Sexarbeiter*innen Beratung angeboten. Insgesamt gab es 950 Personenkontakte im Café und während der Rundgänge über den Straßenstrich, meist nach der Öffnungszeit des Cafés, weitere 634 Personenkontakte. Während der Öffnungszeiten wurden 2588 einzelne Konsumutensilien und 64 Safer-Use-Päckchen abgegeben.

Zu der aufsuchenden Arbeit gehört auch das Angebot der Professionalisierungsworkshops (ProfiS) am Arbeitsplatz der Sexarbeitenden. Die Teilnehmenden bekommen Informationen zu den rechtlichen Rahmenbedingungen in der Sexarbeit, sowie Informationen zu Safer Sex und Safer Work. In 2019 wurden 6 Workshops – finanziert aus Mitteln der Deutschen Aidshilfe – durchgeführt, an denen insgesamt 39 Sexarbeitende teilnahmen. Die Workshops fanden in der Stadt und Region Hannover, in Osnabrück und Braunschweig statt.

Der Internationale Hurentag am 2. Juni ist ein fester Bestandteil der aufsuchenden Arbeit. An diesem Tag werden alle größeren Bordelle am Steintor, der Ludwigstraße und Braunstraße in Hannover aufgesucht. Im Berichtsjahr wurden 150 Sexarbeitenden eine Rose als Würdigung ihrer Person und Arbeit überreicht. Auch dieser Tag wurde genutzt um Informationen über Phoenix und zu sexarbeitsrelevanten Themen zu verteilen.

Modellprojekt „Stärkung der Integration von migrierten Sexarbeiter*innen in Niedersachsen durch aufsuchende Präventionsarbeit“

Das im Rahmen der Veränderungen durch das Prostituiertenschutzgesetz (ProstSchG) von 2017 beantragte Projekt konnte erst verspätet im Mai beginnen. Durch die späte Bewilligung Ende 2018 konnte erst Anfang 2019 die Ausschreibung für zwei Vollzeitstellen erfolgen. Nachdem die meisten Bewerber*innen die geforderten Kriterien zunächst nicht erfüllten, konnten zum 15. Mai zwei geeignete Mitarbeiterinnen in Vollzeit (39,8 Wochenstunden) eingestellt werden. Das Team besteht aus einer Sozialarbeiterin B.A. und einer Heilpraktikerin für Psychotherapie mit Sprachkenntnissen in Englisch, Spanisch und Türkisch, sowie eigenen Erfahrungen in der Sexarbeit. Es wurde ein Büro in den Räumlichkeiten der Beratungsstelle Phoenix für die Recherche und Dokumentation eingerichtet. Ende Juni wurde das von der Niedersächsischen Lotto-Sport-Stiftung finanzierte Dienstfahrzeug, ein Ford Tourneo Courier, zugelassen und abgeholt.

Zur Vorbereitung für die aufsuchende Arbeit führten die Mitarbeiterinnen eine umfassende Recherche zu den einzelnen Prostitutionsstätten, wie beispielsweise Lovemobilen, Wohnungsbordellen (Apartments), Lauffhäusern/Bordellen, Nachtclubs und Studios in ganz Niedersachsen durch. Adressen und Informationen konnten in verschiedenen Onlineportalen, Zeitungen sowie durch persönliche Kontakte gefunden werden. Des Weiteren wurden Dokumentationsbögen entwickelt, um die Informationen und Gesprächsnotizen festzuhalten. In der Einarbeitungsphase durch die erfahrenen Kolleginnen der Beratungsstelle Phoenix nahmen die Mitarbeiterinnen des Projektes an einer Aktion zum Internationalen Hurentag teil. Gemeinsam wurden Rosen in den Lauffhäusern und einigen Wohnungsbordellen in Hannover an die Sexarbeitenden verteilt.

In der Einarbeitungsphase besuchten die Mitarbeiterinnen erste Fortbildungen zum Thema Streetwork, sowie ein Netzwerktreffen vom KOK – bundesweiter Koordinierungskreis gegen Men-

schenhandel e.V.. Um auch in ganz Niedersachsen das Angebot der ProfiS Workshops (Professionalisierung am Arbeitsplatz) anbieten zu können, erlangte eine Mitarbeiterin des Projektes einen ProfiS-Trainer*innenschein. So konnte im November ein erster Workshop in einem Bordell in Osnabrück durchgeführt werden.

Um den Sexarbeitenden in den einzelnen Landkreisen individuelle Informationen zum Ablauf der gesundheitlichen Beratung und der Anmeldung nach dem Prostituiertenschutzgesetz, sowie den örtlichen Besonderheiten geben zu können, entwickelte das Team einen Leitfaden für die Gespräche mit den zuständigen örtlichen Behörden.

Im August starteten zeitgleich die aufsuchende Arbeit in den Prostitutionsstätten und die Austausch- und Informationstreffen mit den zuständigen Mitarbeiter*innen der Behörden.

Bei den Sexarbeitenden waren vor allem Fragen rund um das Thema Krankenversicherungspflicht, Steuern sowie aufenthaltsrechtliche Fragestellungen von großem Interesse.

Mit Sorge stellten die Mitarbeiterinnen des Projektes fest, dass gerade im Bereich der Wohnungsprostitution ein Rückgang der offiziell angemeldeten Wohnungsbordelle zu verzeichnen ist und daher zu vermuten ist, dass der Anteil jener Sexarbeitenden nun illegal im Dunkelbereich arbeitet. Gründe hierfür sind vor allem die Angst vor einem Zwangsausweis und/oder das für viele Sexarbeitende zu komplizierte Genehmigungsverfahren.

Im Austausch mit den zuständigen Behörden wurden hauptsächlich Themen rund um die Lebenswelten der Sexarbeitenden besprochen, was oft zum Ergebnis hatte, dass ein respektvollere Umgang zwischen Behördenmitarbeiter*innen und Sexarbeitenden möglich wurde. Als problematisch nahmen die Mitarbeiterinnen des Projektes allerdings wahr, dass Seitens der Ordnungsbehörden Ausweiskontrollen im Rahmen des ProstSchG häufig zusammen mit anderen Behörden (z.B. der Ausländerbehörde, dem Finanzamt oder anderen Kontrollbehörden) genutzt werden um andere Kontrollen durchzuführen. Sexarbeitende, die eigent-

lich Schutz bräuchten, werden durch diese Art der Kontrollen verschreckt und fühlen sich verfolgt statt geschützt.

In einigen Landkreisen stellten die Projektmitarbeiterinnen fest, dass durch die extreme Häufigkeit der Kontrollen einzelner Behörden Sexarbeitende stark in ihrer Arbeit eingeschränkt und teils in Nachbarlandkreise verdrängt wurden. Auch für die aufsuchende Sozialarbeit ist dies ein Problem, da sich einige Sexarbeitende durch diese Verunsicherung komplett zurückziehen und damit kein Kontakt zu Beratungsstellen oder anderen Hilfsangeboten mehr möglich ist. Die aufsuchende Sozialarbeit lebt davon, dass die Mitarbeiterinnen von Phoenix freiwillig in die Arbeitsstätten hereingelassen werden um ungezwungen (unter Wahrung der Anonymität) Dinge zu besprechen, die sonst vielleicht nicht besprochen werden (können).

Seit Beginn der aufsuchenden Arbeit des Projektes im August wurden im Berichtsjahr 807 Sexarbeitende in Niedersachsen angetroffen. Überwiegend waren dies Rumän*innen, gefolgt von Bulgar*innen und Ungar*innen. Festzustellen war aber auch, dass sich die jeweilige Verteilung der Nationalitäten von Stadt zu Stadt unterscheidet. Dies kann mehrere Ursachen haben; einerseits eine gute Bus- bzw. Zugverbindung zwischen dem Heimatland/Heimatort und dem Arbeitsort, andererseits ist es aber auch ein Vorteil für Ausländer*innen, muttersprachliche Kolleg*innen und evtl. sogar Freund*innen aus der Heimat als Kolleg*innen zu haben. Dadurch ist es leichter für migrierte Sexarbeitende, sich in einem fremden Land zurechtzufinden und sie fühlen sich weniger einsam.

Abschließend wurde von den Mitarbeiterinnen festgestellt, dass ein Großteil der Sexarbeitenden mobil arbeitet. Viele halten sich eine Woche an einem Ort auf und reisen dann in den nächsten Ort weiter. Dies hat zur Folge, dass bei mehrfachen Besuchen, vor allem in größeren Bordellen, oft ein kompletter Wechsel der dort arbeitenden Sexarbeiter*innen stattgefunden hat.

Die bisher kurze Laufzeit des Projektes hat uns den Eindruck vermittelt, dass die Sexarbeitenden und auch die Betreibenden der

Prostitutionsstätten, aber auch die Mitarbeiter*innen vieler Behörden nur auf die Besuche der Phoenix-Mitarbeiterinnen gewartet haben und das Projekt überaus sinnvoll ist. Vermehrt nehmen Sexarbeitende, Betreibende und Behördenmitarbeiter*innen aus dem ganzen Bundesland nach den Besuchen Kontakt zur Beratungsstelle auf, um weitergehende Fragen zu besprechen. Dies stellt allerdings die Mitarbeiterinnen in der Beratungsstelle vor neue Herausforderungen, da ihre Kapazitäten bereits mit der bisherigen Arbeit ausgelastet sind.

Besondere Aktivitäten in 2019

Die Fachberatungsstelle blickte im Juni 2019 auf 30-jährige Beratungsarbeit für Sexarbeitende in Niedersachsen zurück. 30 Jahre Engagement für die Rechte von Sexarbeitenden und Kampf gegen Diskriminierung und Stigmatisierung dieser Berufsgruppe gaben den Anlass für die vier folgenden Aktivitäten.

– Phoenix in der NDR 1 Plattenkiste

Am 22.5.2019 konnten zwei Mitarbeiterinnen die Arbeit von Phoenix in der NDR 1 Plattenkiste, eingerahmt in themenbezogene Musiktitel, vorstellen und den Zuhörer*innen die Realität von Sexarbeit näher bringen.

– Schwarmkunstprojekt „Strich-Code-Move“

Das Schwarmkunstprojekt „Strich-Code-Move“ fand vom 23.9. bis 28.9.2019 auf dem Steintorplatz statt. Das Projekt hat zum Ziel, die Diskussion über Werte und Wertschätzung der Sexarbeit mit Mitteln der Schwarmkunst anzustoßen. Die Fragestellung „Kann es einen Gesetzes-Code für den Strich geben?“ wurde mit den Besucher*innen beim gemeinsamen Kunst-Machen diskutiert.

Fünf Lovemobile mit unterschiedlichen Themenschwerpunkten – Ask a Sexworker, Geschichte der Sexarbeit von der Antike bis heute, Sexwork in Hannover, Performances zu Scham und Intimität, Voices of Sexworker – boten den Besucher*innen umfangreiche Informationen zur Sexarbeit.

Der Wagen „Sexarbeit in Hannover“ war von der Künstlerin Kerstin Schulz vom „atelier-dreieck“ als Geburtstagswagen für Phoenix gestaltet. Die einzelnen Highlights der letzten 30 Jahre und das aktuelle Phoenix-Team wurden comikartig dargestellt.



Die Aktion lief jeden Tag von 11 bis 19 Uhr. Parallel dazu wurden 38 Veranstaltungen angeboten, wie z.B. ein Milieurundgang, Führungen durch die Wagenburg, eine Lesung, ein Workshop zur „Digitalisierung der Sexarbeit“, eine Table-Dance-Show und vieles andere mehr.

Am Begleitprogramm nahmen ca. 400 Personen teil, ca. 1.000 Personen besuchten die museale Wagenburg und beteiligten sich auch an der Schwarmkunst.

Das Ziel durch die Aktion das Thema Sexarbeit sowie die Lebensrealitäten von Sexarbeitenden aufzuzeigen und dabei Vorurteile abzubauen, ist gelungen. Der mediale und historische Einblick in die Lebenswelt von Sexarbeitenden, das persönliche Gespräch mit Sexarbeitenden, Sexarbeitsorte zu sehen und zu erleben, war für viele eine wichtige Erfahrung. Alle Facetten der Aktion haben dazu beigetragen, die Vielschichtigkeit des The-

mas aufzuzeigen und dazu angeregt die eigene Haltung zu überdenken, zu verifizieren oder sich überhaupt eine Meinung zu bilden.

– Filmvorführung „Sexarbeiterin“ im Kino im Sprengel

Im Rahmen der Veranstaltungen rund um den Internationalen Frauentag haben La Strada und die Beratungsstelle Phoenix in Kooperation mit dem Kino im Sprengel den Film „Sexarbeiterin“ gezeigt. Im Anschluss fand eine angeregte Diskussion mit den Besucher*innen statt. Trotz sehr schlechten Wetters hatten 40 Interessierte den Weg ins Kino gefunden.

– Filmnachmittag für Frauen

Die Sozialarbeiterin (B.A.) im Anerkennungsjahr lud Klient*innen zu einem Filmnachmittag in die Räume von Phoenix ein. In gemütlicher Atmosphäre wurde der Film „Irma La Douce“, ein Milieumärchen mit viel Charme und Ironie, gezeigt und Popcorn gereicht. Im Anschluss gab es einen regen Austausch auch über eigene Sexarbeitserfahrungen mit den 8 Besucherinnen.

– „Papier-Flut“ – ein Projekt der Sozialarbeiterin B.A. im Anerkennungsjahr

Klient*innen, die in vielen Dingen, wie z.B. Antragstellungen, Schuldenregulierung, Unterstützung brauchen, bringen oft große Mengen unsortierter Papiere mit und sind nicht in der Lage – häufig aufgrund von Analphabetismus – die Unterlagen zu ordnen. Diese Tatsache war die Idee zu dem Projekt „Papier-Flut“. Einmal wöchentlich konnten interessierte Frauen an einem angeleiteten Sortieren von Papieren teilnehmen. 12 Klient*innen haben das Angebot in Anspruch genommen.

Öffentlichkeitsarbeit

Im Jahr 2019 hat die Fachberatungsstelle Phoenix 47 Veranstaltungen im Bereich Prävention im Kontext von Prostitution durchgeführt bzw. war maßgeblich an ihnen beteiligt. Es handelte sich um Veranstaltungen, bei denen die Zielgruppen die Allge-

meinbevölkerung, Jugendliche, Mitarbeiter*innen von Behörden, Multiplikator*innen und Studierende waren.

Im Zusammenhang mit dem Prostituiertenschutzgesetz, dem Schwarmkunstprojekt „Strich-Code-Move“ und den baulichen Veränderungen am Straßenstrich wurde Phoenix im Berichtsjahr von 22 Medienvertreter*innen angefragt. Es gab acht Veröffentlichungen in Printmedien, diverse Beiträge in den sozialen Medien, einen Beitrag im NDR Fernsehen bei „Hallo Niedersachsen“ und zwei Beiträge im Radio.

Im Berichtsjahr gab es im Wesentlichen drei Themen, die in Gesprächen mit Vertreter*innen des Niedersächsischen Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung, der Verwaltung und der Kommunal- und Landespolitik erörtert und diskutiert wurden:

- das Prostituiertenschutzgesetz und dessen Umsetzung und Auswirkungen
- Veränderungen am Straßenstrich durch den Neubau des Stadtquartiers Goseriende
- das Sexkaufverbot

In 2019 wurden insgesamt 19 Gespräche mit Vertreter*innen aus Politik und Verwaltung auf kommunaler und landesweiter Ebene geführt.

Die Beratungsstelle Phoenix arbeitet kontinuierlich in Gremien zu verschiedenen Themen und Problemlagen mit, in denen Vertretende aus Ministerien, Verwaltung und der Politik vertreten sind:

- Begleitgremium ProstSchG – organisiert vom Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung – und in den Unterarbeitsgruppen dieses Gremiums zu den Themen Baurecht und Straßenprostitution / Lovemobile
- Innenstadtkonferenz Hannover
- Austauschtreffen über die Situation der Zuwander*innen aus Osteuropa, organisiert von der Koordinierungsstelle Osteuropa der Landeshauptstadt Hannover

- Runder Tisch „Jobcenter“
- Regionalverbund
- Kommunalen Präventionsrat Hannover, AG „Milieu, Prostitution, Menschenhandel“

Kooperation und Vernetzung

Sowohl für die direkte Arbeit mit den Klient*innen als auch für die Interessenvertretung der Sexarbeitenden war die Kooperation und Vernetzung mit anderen Institutionen auf kommunaler, landes- und bundesweiter sowie auf internationaler Ebene auch in 2019 ein wichtiger Bestandteil der Arbeit der Fachberatungsstelle.

Hierzu gehört die Mitarbeit in den Arbeitskreisen „Flucht und Migration“; „Frauen“ und „Geschäftsführung“ der Aidshilfe Niedersachsen; der Arbeitskreis „Sexuelle Bildung und Gesundheit“, der Arbeitskreis „Menschen ohne Papiere“, der Arbeitskreis „Streetwork“ und Regio-Treff, eine kollegiale Beratung zu Themen des SGB II.

Die Beratungsstelle Phoenix hat an den zwei Treffen des Bündnisses der Fachberatungsstellen für Sexarbeiter*innen (bufas e.V.) in 2019 teilgenommen.

Zu diesem Bereich gehörte auch die kontinuierliche Kontaktpflege mit Institutionen in den Heimatländern der Klient*innen, insbesondere in Polen und Bulgarien. Kooperationspartner*innen waren hier Nicht-Regierungsorganisationen.

Fortbildung

Um eine fachlich fundierte Beratung zu gewährleisten bilden sich die Mitarbeiterinnen zu relevanten Themen fort. Im Berichtsjahr wurden Fortbildungsveranstaltungen z.B. zum Thema Krankenversicherung besucht und interne Fortbildungen, wie z.B. zu Änderungen in der Sozialgesetzgebung, mit Unterstützung einer Rechtsanwältin durchgeführt.

Für die Optimierung der ProfiS-Workshops (Fortbildung für Sexarbeitende am Arbeitsplatz) nahmen Phoenix-Mitarbeiterinnen an zwei ProfiS-Seminaren der Deutschen Aidshilfe teil.



3. Das Projekt La Strada

La Strada wurde 1993 als Projekt des **Vereins Phoenix** gegründet und ist eine Anlauf- und Fachberatungsstelle für drogengebrauchende Frauen*, die der Prostitution nachgehen oder von Gewalt bedroht sind. Als niedersachsenweit einzige Einrichtung dieser Art steht die Arbeit von La Strada auf zwei Grundpfeilern:

Anlaufstelle

- Café
- Beratung
- Streetwork

Fachberatungsstelle

- Öffentlichkeitsarbeit
- Kollegiale Beratung und Fortbildung
- Vernetzung

Konzeptionell orientiert sich die Arbeit der Anlaufstelle an den Grundsätzen niedrigschwelliger, akzeptierender Drogenarbeit. Übergeordnete Ziele sind Überlebenshilfe, Schadensminimierung und Ausstiegshilfe. Als einzige frauen*spezifische Einrichtung dieser Art in Niedersachsen versteht sich La Strada mit dem offenen Café als geschützter Raum für betroffene Frauen*. Alle Angebote zeichnen sich durch Transparenz und Selbstbestimmtheit im Sinne von Traumasensibilität aus. Leitende Grundprinzipien der Arbeit sind Akzeptanz, Anonymität, Frauen*spezifik und Parteilichkeit.

Die Unterstützung umfasst sekundärpräventive Angebote im Rahmen der Risikominimierung, der Beratung und aufsuchenden Arbeit am Straßenstrich im Café „Nachtschicht“, auf der offenen Drogenszene, im Bereich innerstädtischer Brennpunkte sowie in der Justizvollzugsanstalt (JVA) Vechta, Abteilung Hildesheim.

Der Großteil der Besucher*innen ist heroinabhängig oder konsumiert Kokain/Crack sowie Cannabis, Alkohol und Medikamente. Viele der Betroffenen haben psychische, physische oder sexualisierte Gewalterfahrungen gemacht. Sie berichten von emotionaler oder körperlicher Vernachlässigung sowie Gewalt

bereits in (früher) Kindheit oder Jugend, später fortgesetzt in Partnerschaften und auf der Drogenszene oder in der Sexarbeit. Die frauen*spezifische Ausrichtung ermöglicht es diese Erfahrungen zu thematisieren, was in gemischtgeschlechtlichen Einrichtungen erfahrungsgemäß schwierig ist. Darüber hinaus nutzen auch Konsument*innen von Amphetaminen, Ecstasy oder anderen Partydrogen das Angebot.

Vor dem Hintergrund belasteter Biographien ist der Drogenkonsum als Überlebensstrategie im Sinne einer Selbstmedikation zu sehen, um posttraumatische Belastungsstörungen, psychiatrische Erkrankungen wie Depressionen, Psychosen etc. und auch somatische Symptomaten sowie Erkrankungen mit einhergehenden körperlichen Schmerzen zu lindern. Die Mitarbeiter*innen von La Strada machen den Frauen* ein kontinuierliches, traumasensibles Beziehungsangebot, was Grundlage für eine Neuorientierung sein kann.

La Strada begleitet Frauen* während der Schwangerschaft und in der Mutterschaft. Dieses Angebot ermöglicht den Frauen*, auch mit Kindern eine individuelle Beratung in Anspruch zu nehmen. Durch das bestehende Vertrauensverhältnis ist es möglich, die benötigten Hilfenetzwerke für die jeweilige Familie herzustellen. Hier bestehen seit vielen Jahren enge Kontakte mit Einrichtungen, die auf die Beratung und Betreuung von Familien spezialisiert sind.

Niedersachsenweit fungiert La Strada als Fachberatungsstelle für frauen*spezifischen Drogengebrauch verbunden mit Sexarbeit. Die Arbeit der beiden Bereiche, Anlauf- und Fachberatungsstelle, sind eng miteinander verwoben und stehen gleichwertig nebeneinander. Das in über 25 Jahren erworbene Fachwissen mit seinem spezifischen Schwerpunkt bildet die Grundlage für die Arbeit und Sachkompetenz der Fachberatungsstelle. Auf fachlicher sowie sozial- und gesellschaftspolitischer Ebene verfolgt unsere Öffentlichkeitsarbeit eine Sensibilisierung für die Lebenswelt der betroffenen Frauen*, was durch eine differenzierte Sichtweise auf Drogengebrauch und Sexarbeit ermöglicht

werden soll. Daraus ergibt sich eine einzigartige Expertise mit Relevanz für das gesamte Land Niedersachsen (und darüber hinaus).

Im Berichtsjahr 2019 hat ein Thema, welches sich in unterschiedlichen Ausprägungen und Arbeitsbereichen zeigt, viel Zeit im Praxisalltag eingenommen: **Verdrängung**. In den folgenden Ausführungen finden sich Beispiele für die Formen von Konkurrenz um die Nutzung von (öffentlichen) Räumen.

Das Angebot der Anlaufstelle 2019 im Überblick

Angebote für betroffene Frauen*

Café

- geschützter Raum
- Gespräche und Informationen
- Spritzentausch, Kondomvergabe
- Grundversorgung
- Gruppenangebote z. B. Mutter*-Kind-Frühstück
- Kreativ- und Freizeitangebote

Beratung

- Beratung für Betroffene, Angehörige sowie Institutionen
- Krisenintervention
- Vermittlung in klinischen Entzug und Therapie
- Gruppenangebote „Sicherheit finden“, „KISS“
- Aufsuchende psychosoziale Begleitung

Streetwork und aufsuchende Arbeit

- 1x pro Woche Café „Nachtschicht“
- 2x pro Woche offene Drogenszene / innerstädtische Brennpunkte
- bei Bedarf JVA Vechta, Abteilung Hildesheim
- Gespräche, Beratung, Spritzentausch, Kondomabgabe

Rahmenbedingungen

Allgemeines

- Kein Zutritt für Männer während der Öffnungszeiten
- Kein Drogenkonsum und Drogenhandel in den Räumen der Beratungsstelle
- Keine Androhung oder Anwendung von Gewalt

Fortbildung

- Besuch von Fortbildungen
- Teilnahme an Supervisionen

Arbeitsbereiche der Anlaufstelle

Café-Bereich

Das niedrigschwellige, offene Café der Anlaufstelle La Strada bietet den betroffenen Frauen* einen geschützten Raum, der für einige den einzigen sicheren Ort in ihrer durch Unsicherheit gekennzeichneten Lebenswelt darstellt. Die Mitarbeiter*innen machen den Betroffenen ein verbindliches Beziehungsangebot und erleichtern damit die Inanspruchnahme weiterführender Unterstützung. Vor dem Hintergrund von Bindungs- und Traumafolgestörungen hat Beziehungsstabilität eine immens hohe Bedeutung. Die Zugangsvoraussetzung zum Café beschränkt sich auf die Einhaltung der Hausregeln, die den Umgang mit Drogen und Gewalt regeln. Wir stellen so eine sehr hohe Erreichbarkeit der Frauen* für unser Beratungsangebot her. Ergänzend bieten wir Gruppenangebote wie z.B. das Mutter-Kind-Café an.

Drei Studierende der Hochschule Hannover haben im letzten Jahr im Rahmen ihres Projektstudiums mit uns zusammen ein Angebot für drogengebrauchende oder substituierte Mütter mit Kindern entwickelt. Im Rahmen unseres offenen Cafés ist es nicht möglich eine Kinderbetreuung anzubieten oder den Raum exklusiv für Mütter mit Kindern zu gestalten, so dass montags nur Säuglinge und Kinder unter 3 Jahren mitgebracht werden kön-

nen. Die Student*innen haben an jeweils einem Samstag im Monat ein **Mutter – Kind – Brunch** mit Kinderbetreuung konzipiert. Dies ermöglicht einen Rahmen für vertrauliche Gespräche und verhindert, dass die Kinder kritische Inhalte mithören können. Da nur Mütter mit Kindern an diesen Samstagen Zutritt zum Café haben, sind akut konsumierende Frauen nicht präsent. In der Umsetzung wurde deutlich, dass auch Kinder ohne Betreuungsbedarf mit ihren Müttern kamen. Die Mütter wollten z.B., dass wir ihre älteren Kinder oder mittlerweile jungen Erwachsenen kennenlernen oder nach längerer Zeit einmal wiedersehen. Diese wiederum wünschten sich den Ort wiederzusehen, den sie als Kleinkinder besuchten oder die Anlaufstelle kennenzulernen, die sie nur aus Erzählungen der Mütter kannten. Außerdem ermöglicht das spezifische Angebot den Müttern eine Austauschplattform und uns eine ganzheitlichere Sicht auf das Familiensystem.

Ein Schwerpunktangebot ist die Grundversorgung in Form von Dusch- und Waschmöglichkeiten, Weitergabe von Kleiderspenden und die Möglichkeit der Nutzung einer Waschmaschine sowie eines Trockners. Außerdem gibt es eine Küche zur Selbstversorgung. Die Basisversorgung wurde im Jahr 2019 weiterhin stark nachgefragt. Viele der Besucher*innen verfügen nicht über eigenen Wohnraum. Daher sind sowohl die Kleiderkammer als auch die Dusche hoch frequentiert. Durch die harten Bedingungen, die das Leben auf der Straße für Frauen* mit sich bringt, wird vermehrt riskant konsumiert. Das vorhandene Geld wird für Substanzen ausgegeben. Die Frauen* nutzten sehr gerne die gemeinsame Zubereitung von Speisen, diese Mahlzeiten stellen oft die einzige Versorgung mit gesunden und nahrhaften Lebensmitteln dar.

Ein Schwerpunkt der Anlaufstelle ist die Sekundärprävention, die in Form von kostenlosem Spritzenaustausch/-abgabe (in 2019 abgegebene Spritzen: 10363) und Kondomabgabe sowie der Weitergabe von Informationsmaterial stattfindet. Diese Angebote dienen der Risikominimierung und Sicherung des Überlebens der Frauen* in ihrer jeweiligen Lebenssituation. Ihr Dro-

genkonsum wird in diesem Zusammenhang als Selbstmedikation verstanden und akzeptiert.

Beratungsarbeit

Das Beratungsangebot ist breit gefächert. Drogengebrauchende und substituierte Frauen* erhalten **psychosoziale Beratung (PSB)** durch die Mitarbeiter*innen. Die Betroffenen werden auf eigenen Wunsch oder im Rahmen des Substitutionsprogramms ihren Bedürfnissen entsprechend langfristig begleitet. Inhalte der Einzelberatungen sind beispielsweise Krisenintervention, Vermittlung in klinischen Entzug sowie in ambulante/stationäre Therapie, Begleitung in der Schwanger- bzw. Mutterschaft, Unterstützung bei Wohnungslosigkeit, Unterstützung in Schuldenangelegenheiten bzw. Weitervermittlung an Schuldner-/Insolvenzberatungsstellen, Gesundheitsprävention und Stabilisierung im Kontext traumatischer Lebenserfahrungen. Um Unsicherheiten entgegenzuwirken, die die betroffenen Frauen* häufig im Umgang mit den hohen bürokratischen Anforderungen der Ämter und Behörden benennen, bieten die Mitarbeiter*innen von La Strada diesbezüglich Unterstützung und Begleitung an. In 2019 nahmen 35 Frauen* die PSB im Rahmen der Substitution in Anspruch, weitere 65 Frauen ließen sich auf eigenen Wunsch beraten.

Von **Wohnungslosigkeit** betroffene Frauen* suchten im Jahr 2019 Unterstützung bei der Vermittlung in Notunterkünfte sowie zur Erlangung des Berechtigungsscheins zur Anmietung von gefördertem Wohnraum. Die Vermittlung eines Obdachs gestaltet sich außerordentlich schwierig. Teilweise ist es nahezu unmöglich einen sicheren Schlafplatz zu finden. In der Praxis können wir beobachten, wie rapide sich die soziale und gesundheitliche Verelendung bei fehlendem Wohnraum vollzieht. Frauen*, die auf der Straße leben, sind hochgradig vulnerabel. Zu ihrem eigenen Schutz bleiben sie nachts wach, was durch Substanzgebrauch unterstützt wird, um mögliche gewalttätige Übergriffe zu verhindern. Die finanziellen Mittel für den steigenden Bedarf müssen durch Sexarbeit, Drogenhandel oder Dieb-

stühle generiert werden. Daraus entwickelt sich ein Kreislauf, dessen Dynamik schwer zu durchbrechen ist. Ein sicherer Rückzugsort, wie eine eigene Wohnung, ist eine wichtige Voraussetzung zum Verlassen des sich wiederholenden Musters aus Beschaffen und Konsumieren. Auf dem Wohnungsmarkt konkurrieren Drogengebraucher*innen mit Student*innen und Arbeitnehmer*innen. Eine Vermittlung in eigenen Wohnraum ist somit nahezu unmöglich. Die Frauen* wurden 2019 überwiegend in die städtischen Sleep-in's oder in ein frauenspezifisches Obdach vermittelt. Hierbei ist anzumerken, dass die Öffnungszeiten der Sleep-in's und die Lebensrealitäten der Frauen* in der Sexarbeit inkompatibel sind. Die Sperrgebietsverordnung der Landeshauptstadt Hannover sieht eine Arbeitszeit am Straßenstrich ab 20 Uhr abends vor. Die Schlafplätze werden aber bereits ab 18 Uhr vergeben und sind in der kalten Jahreszeit nicht in ausreichender Anzahl vorhanden, so dass nach der Arbeit am Straßenstrich kein Bett mehr zu erhalten ist. Darüber hinaus müssen die Zimmer morgens um spätestens acht Uhr wieder verlassen werden. Die Frauen* berichten von Arbeitszeiten bis zwei Uhr nachts. Crackkonsument*innen berichten von einer zeitlichen Verschiebung des Lebensalltags bis hin zu fünf Tagen und Nächten gänzlich ohne Schlaf. Für diesen differenzierten Tag-Nacht- bzw. Lebensrhythmus sind die Notschlafplätze nicht konzipiert. Im Alltag nutzen die Frauen* unsere Sofas, um ein bisschen geschützte Ruhezeit zu finden. Unsere Öffnungszeit von fünf Stunden reicht bei weitem nicht für eine erholsame Schlafzeit. Für diese Gruppe braucht es niedrighschwellige Schlafplätze bzw. Ruhebetten, die bei Bedarf zur Verfügung stehen und einen entsprechenden Schutzraum darstellen.

In 2019 wurden alle Besucher*innen, die aktiv in der Sexarbeit tätig sind, weiterhin über das **Prostituiertenschutzgesetz** informiert. Besonderer Schwerpunkt lag auf der gesundheitlichen Beratung nach § 10 ProstSchG und der Anmeldepflicht nach § 3 ProstSchG. Diesbezüglich wurden die Frauen* über die zuständigen Behörden vor Ort in Kenntnis gesetzt. Drogengebrauchende Frauen* schaffen die hohen bürokratischen Hürden, die

mit der Anmeldung verbunden sind, nicht. Das Gesetz geht hierbei an der Lebensrealität dieser Zielgruppe vorbei. Bisher hat, nach unserem Kenntnisstand, keine unserer Besucher*innen dieses Verfahren durchlaufen und eine Bescheinigung erhalten. Wir befürchten mit vermehrten Kontrollen durch das Gewerbeamt in den kommenden Jahren, eine weitere Kriminalisierung von Drogengebraucher*innen.

Das Gruppenangebot „**Sicherheit finden** – Stabilisierung und Stärkung drogengebrauchender Frauen“ wird von uns seit 2012 durchgeführt. Es ist ein integratives Verfahren, das sowohl Suchtproblematik als auch Traumafolgen sowie deren Wechselwirkungen behandelt. Der Schwerpunkt liegt auf stabilisierenden Interventionen und dem Aufbau sicherer Bewältigungsstrategien. Das Manual „Sicherheit finden“ von L. Najavits ist zu einem wichtigen Bestandteil unserer Arbeit geworden. Bedarfsorientiert gibt es Gruppentreffen, aber auch im Einzelsetting werden die Inhalte aufgegriffen. Im Jahr 2019 wurde dieses Angebot im Einzelsetting umgesetzt und den Frauen* angeboten, die bei uns Beratung erhalten.

Im Rahmen von Beratungsgesprächen berichteten Besucher*innen häufig von Unzufriedenheit mit den eigenen Konsummustern. Es herrscht das Gefühl vor, wenig Kontrolle über den Konsum zu haben. Seit 2016 ist es uns möglich, mit einer frauenspezifischen Umsetzung des **KISS-Programms** ein entsprechendes Beratungsangebot zu offerieren. KISS steht für „Kompetenz im selbstbestimmten Substanzkonsum“ und ist ein verhaltenstherapeutisch orientiertes Selbstmanagementprogramm zur bewussten Veränderung des Konsums legaler und illegaler Drogen. Konzipiert wurde es von der GK Quest Akademie in Heidelberg. Das Manual besteht aus 12 systematischen Sitzungen. Inhalte sind u. a. das Führen eines Konsumtagesbuches, das Bestimmen von wöchentlichen Konsumzielen, das Realisieren bzw. Bewältigen von riskanten Lebenslagen sowie die Auseinandersetzung mit Rückfällen. KISS kann im Einzel- als auch im Gruppensetting durchgeführt werden. Im Berichtsjahr wurde KISS im Einzelsetting durchgeführt.

Ein weiteres Angebot ist die **aufsuchende psychosoziale Beratung**. Zielgruppen für dieses Angebot sind

- alternde Substituierte,
- Drogengebraucher*innen mit gesundheitlichen Folgestörungen im körperlichen wie auch im psychischen Bereich durch jahrelangen Substanzgebrauch,
- Substituierte mit Mobilitätseinschränkungen, besonders im ländlichen Bereich ohne ausreichende Versorgung vor Ort, sowie
- Substituierte und Drogengebraucher*innen, die mit ihren Kindern in einem Haushalt leben.

Ziel des Angebots ist die Sicherstellung der Anbindung an das Hilfesystem. Im Berichtsjahr nahmen 16 verschiedene Frauen die aufsuchende Begleitung regelmäßig in Anspruch. Zum einen ging es um Hausbesuche in Hildesheim, Neustadt, Wunstorf und Stadthagen, aber auch um Besuche in Krankenhäusern in Langenhagen, Wunstorf und Hildesheim. Darüber hinaus wurden Frauen zu Hilfeplangesprächen, Arztbesuchen oder Ämtern begleitet.

Seit Anfang Juli 2019 hält das La Strada einmal wöchentlich eine **frauenspezifische Beratungsstunde** in einer niedrigschwelligen Drogenhilfeeinrichtung mit angeschlossenem Konsumraum vor – dem „Stellwerk“, einer Einrichtung der Step gGmbH in Hannover. Hier werden Frauen* von uns erreicht, die überwiegend Crack konsumieren. Diese Frauen* sind oft nicht in der Lage Beratungsangebote in Anspruch zu nehmen, die nicht in direkter Szenenähe liegen. Der schnelle Kreislauf zwischen Drogenbeschaffung und Konsum wirkt wie ein Magnet. An 17 Terminen in 2019 wurden jeweils zwischen 3 und 7 anonyme Beratungsgespräche vor Ort geführt. Hierbei ging es inhaltlich überwiegend um Themen rund um safer work und safer use. Außerdem konnten wir das Angebot des Café Nachtschicht und der Anlaufstelle präsentieren. Darüber hinaus haben einige Frauen die bereits bei uns in langjähriger Beratung sind, die Möglichkeit genutzt Beratung szenenah in Anspruch zu nehmen.

Im Folgenden möchten wir anhand eines **anonymisierten Fallbeispiels** darlegen, wie sich die Verdrängungsprozesse unserer Gesellschaft ganz konkret auf Drogengebraucher*innen auswirken. Und warum es für uns immer wieder wichtig ist, unser Angebot an die Bedürfnisse der Besucher*innen anzupassen. Anna (Name geändert) ist 46 Jahre alt. Wenn sie aus ihrem Leben erzählt, wirkt sie älter – 46 Jahre erscheinen für das von Anna Erlebte eine zu kurze Zeitspanne zu sein. Seit vielen Jahren nutzt Anna unser Kontaktcafé, regelmäßig treffen wir sie auf der Straße beim Arbeiten oder auf der offenen Drogenszene. Wenn Anna einen guten Tag hat, dann berichtet sie von einem anderen Leben – von ihrem anderen Leben: Ein anspruchsvoller Job, in dem sie täglich mit vielen Menschen in Interaktion stand, von dem Spaß der ihr die Arbeit im Sozialen Bereich gebracht hat, aber auch von der Anstrengung, die ihre Berufstätigkeit und die Rolle als alleinerziehende Mutter bedeutet haben. Mit einem Lächeln im Gesicht spricht sie über Erinnerungen an ihre erwachsenen Kinder, die sie nicht mehr sieht. Ein Kind ist bei einem Unfall verstorben, ein zweites hat keinen Kontakt zu Anna. Heute lebt Anna allein, sie verbringt einen Großteil ihrer Zeit auf der Straße. Ihre Wohnung hat sie irgendwann verloren. Was sie am Körper trägt ist alles was sie hat – und ihre (belastenden) Erinnerungen. An schlechten Tagen wird sie diese nicht los. Die physische und psychische Gewalt, die sie als Kind bereits erlebt hat, drängen sich auf, verursachen große Unruhe in ihr. Alleinsein macht ihr Angst. Die Menschen auf der offenen Szene sind nicht ihre Freunde, sie sind jedoch eine Möglichkeit nicht allein sein zu müssen. In Hannover kennt sie wenige Menschen. Sie kommt aus dem nördlichen Niedersachsen und ist in Hannover, weil die Verfügbarkeit von Substanzen und ein Unterstützungssystem gegeben sind. Über etwas Schlaf würde Anna sich freuen. Zur Ruhe kommt sie häufig nur, wenn sie sich an einem sicheren Ort befindet, von denen es für sie nur wenige gibt oder wenn sie Substanzen konsumiert hat. Teilweise macht Anna fünf bis sechs Nächte durch bevor sie auf der Straße schläft, weil sie Angst vor Übergriffen und Raub hat. Auch hier ist der Konsum, diesmal der von Stimulanzien, eine Unterstützung, um diese Stra-

pazen auszuhalten. Einen Platz in einer Wohnungslosenunterkunft hat Anna bereits mehrfach gehabt. Die Unterbringung in bis zu Vierbettzimmern ist für sie ebenfalls hoch belastend. Dort ist sie auf Frauen* getroffen, die ebenfalls viel innere Unruhe in sich tragen, die teilweise nachts stundenlang durch das Zimmer wandern oder mit nicht wahrnehmbaren Personen in Streit geraten. Anna nutzt das La Strada, um ihre Grundversorgung sicherzustellen: Körperhygiene, Schlafen, Essen, Wäsche waschen, Versorgung mit sauberen Konsumutensilien und Kontakt zu, wie sie sagt „sicheren Menschen“ zu haben. Sie spricht uns Mitarbeiterinnen sehr viel Vertrauen aus, was bis hin zu dem Wunsch geht, dass sie Unterstützung beim Beenden ihres Lebens möchte. Das ist ein bewegender Moment in unserer Arbeit, der anhand Annas Biographie und Lebenssituation nachvollziehbar ist. Gleichzeitig sehen wir in den Menschen, mit denen wir arbeiten, Überlebende von komplexen Traumata, die eine – wenn auch nicht nachhaltige – Strategie gefunden haben, zu existieren: den Gebrauch von psychotropen Substanzen. Auf Grundlage unserer Beziehungsarbeit mit den Menschen wird häufig überhaupt erst denk- und besprechbar, dass es Alternativen zu dieser Überlebensstrategie gibt und auch zum Tod. Wir haben Anna zugehört und auch den Wunsch gehört, dass sie eigentlich leben möchte – nur nicht so wie jetzt. Sie wünscht sich wieder ein Leben, so wie es schon mal war. Anna ist bewusst, dass dafür viele Schritte notwendig sind. Als Erstes würde sie gern regelmäßig schlafen können. Ein Bett, ein Zimmer für sich, in dem sie sich sicher fühlt.

Die tägliche Arbeit hat sich verändert. Deutlich wird, dass es unserer Gesellschaft immer weniger gelingt, Menschen in besonderen Lebenslagen einen Rahmen zu gewähren, in dem sie sich mit Unterstützung wieder stabilisieren können. Wir erleben momentan, dass das Hilfesystem für langzeitdrogengebrauchende Menschen mit psychiatrischen Komorbiditäten kein Angebot hat. Die Vermittlung in eine Entwöhnungsbehandlung oder eine Therapie ist ohne äußere Sicherheit nicht nachhaltig. Ambulante Therapieangebote sind für drogengebrauchende

Menschen kaum erreichbar. Der Zugang zum psychiatrischen System ist äußerst schwierig. Lange Wartezeiten bei Fachärzt*innen und die mitunter weiterhin existierende defizitäre Perspektive auf Substanzgebrauch im Sinne von Willensschwäche sind Hemmschwellen.

Während der Jahresbericht 2019 von uns verfasst wird, ist die Arbeit, durch die Verordnungen zum Corona-Virus beeinträchtigt. Die Anlaufstelle kann nur reduziert genutzt werden. Wir arbeiten dagegen verstärkt auf der Straße. Gleichzeitig gibt es ansteigende Kontaktaufnahme durch Telefon und E-Mails von unseren Besucher*innen. Im Zuge dieser Veränderungen fühlen wir uns bestärkt darin, dass wir bereits 2019 erste Schritte zur Implementierung der Online-Beratung gegangen sind. Mit der Erweiterung unseres Portfolios um den Bereich Online-Beratung wollen wir betroffene Frauen* in der gesamten Fläche des Bundeslandes Niedersachsen erreichen. Dieses niedrigschwellige Angebot wird unsere bisherige Ausrichtung gut und konsequent ergänzen. Im Moment arbeiten wir mit Hochdruck an einer zeitnahen Umsetzung und freuen uns im Jahresbericht 2020 davon zu berichten.

Streetwork und aufsuchende Arbeit

Die Mitarbeiter*innen von La Strada haben auch im Jahr 2019 regelmäßig aufsuchende Sozialarbeit durchgeführt, um Prävention im Bereich der gesundheitlichen Versorgung anzubieten, neue Kontakte zu knüpfen bzw. bestehende Kontakte aufrecht zu erhalten sowie das Angebot der Beratungsstelle für drogengebrauchende Frauen* bekannt zu machen. Es hat sich über die Jahre gezeigt, dass die kontinuierliche aufsuchende Arbeit die Schwellenangst bei den Betroffenen vermindert, bei Bedarf die Beratungsstelle aufzusuchen. Ein Teil der drogengebrauchenden Frauen*, die es bis dahin (noch) nicht geschafft haben, zu uns in die Beratungsstelle zu kommen, fassen dadurch eher den Mut, diesen Schritt zu tun, um weitergehende Hilfe in Anspruch zu nehmen.

Im Rahmen des Projektes Nachtschicht decken La Strada-Mitarbeiter*innen an einem Abend in der Woche die Öffnungszeiten der Anlaufstelle am hannöverschen Straßenstrich ab. Für drogengebrauchende Frauen*, die das Angebot von La Strada noch nicht kennen, ist dies ebenfalls eine Möglichkeit, einen ersten Kontakt herzustellen. Im Berichtsjahr wurden im Café Nachtschicht 419 und bei den Rundgängen auf dem Straßenstrich weitere 213 Kontakte zu Frauen* in der Sexarbeit gezählt.

Die aufsuchende Straßensozialarbeit tagsüber – als Ergänzung für unsere Präsenz im „Café Nachtschicht“ – hat sich als festes niederschwelliges Kontaktangebot etabliert. Ein Zwei-Personen-Team sucht innerstädtische Brennpunkte bzw. stark frequentierte Substitutionspraxen und deren Umfeld (Deisterstraße, Marienstraße mit der Gartenkirche in Kombination mit dem Braunschweiger Platz) auf. Durch eine Kooperation mit dem „Stellwerk“ (Step gGmbH Hannover) können wir eine Regelmäßigkeit gewährleisten. Wenn möglich sind wir in gemischten Teams mit jeweils einer Person von La Strada und einer Person vom „Stellwerk“ dienstags in Linden sowie donnerstags am Raschplatz unterwegs. Für die Kontaktaufnahme mit den Adressat*innen hat sich dieses Vorgehen als hilfreich erwiesen. Die Kolleg*innen kennen beispielsweise Klient*innen, die uns nicht bekannt sind und umgekehrt. Der Zugang zum jeweiligen Beratungsangebot wird hierdurch erleichtert, Schwellenängste werden wirksam abgebaut. In 2019 konnten wir im Rahmen der aufsuchenden Arbeit auf der Szene 513 Kontakte zu Frauen* verzeichnen.

Daneben bietet La Strada in der Justizvollzugsanstalt (JVA) Hildesheim – einer Abteilung der JVA Vechta – inhaftierten Frauen* bei Bedarf Beratung an.

Übersicht der Fachberatungsstellenarbeit in 2019

Neben der niedrigschwelligen Beratungsarbeit gehören als zweite Säule Fachberatung und Öffentlichkeitsarbeit zum Konzept der Anlauf- und Fachberatungsstelle La Strada für drogen-

gebrauchende Frauen*. Unsere Expertise als Fachberatungsstelle wird zunehmend abgerufen, so dass beide Arbeitsbereiche gleichwertig nebeneinander stehen. Drogengebrauch und Sexarbeit sind gesellschaftliche Realitäten. Die speziellen Lebenswelten und Bedarfe von drogengebrauchenden Frauen* sind hingegen wenig präsent und bekannt. Genauso verhält es sich mit den Arbeitsbedingungen in der Sexarbeit. Die betroffenen Frauen* haben aufgrund der hohen Stigmatisierung keine Möglichkeit ihre Bedarfe anzumelden. Wir versuchen daher, mit unserer Arbeit stellvertretend für die betroffenen Frauen* auf öffentliche Diskurse einzuwirken. Niedersachsenweit ist La Strada die einzige Fachberatungsstelle dieser Art mit dieser Expertise.

Befragung offene Drogenszene

Im Jahr 2019 trat die Landeshauptstadt (LH) Hannover an die Fachberatungsstelle La Strada mit dem Wunsch der Durchführung einer **Befragung der Personen auf der offenen Drogenszene** an zwei Brennpunkten heran. Ziel der Befragung war, neben der Möglichkeit die Lebenssituation der Menschen näher zu erfassen, die Betroffenen bei der Umgestaltung eines Platzes, der als Treff- teilweise sogar Lebensmittelpunkt fungiert, zu beteiligen.

Diese Befragung wurde in Kooperation mit der Step gGmbH durchgeführt. Die Befragenden waren ein Team aus Mitarbeiter*innen der Drogenhilfeeinrichtung „Stellwerk“ sowie Sozialarbeiter*innen der Anlauf- und Fachberatungsstelle „La Strada“. Es wurden zur Befragung zwei verschiedene Orte aufgesucht. Zwischen dem Stellwerk und der Fernroder Straße, auf dem öffentlichen Gelände der Region Hannover, dem sogenannten Vorplatz, beobachteten wir eine relativ hohe Fluktuation von Menschen. An drei Tagen wurde die Befragung zu unterschiedlichen Tageszeiten (morgens, mittags, nachmittags) durchgeführt. Im Gegensatz dazu war in Linden am Ihmeufer sowie zwischen Deisterstraße und Auestraße (Befragung zur Mittagszeit) eine relativ konstante Gruppe von User*innen anzutreffen.

An der Befragung nahmen insgesamt 105 Menschen teil, weitere 27 Menschen wurden angesprochen, wollten aber keine Angaben machen. Von den 131 angetroffenen Menschen waren 33 Frauen*.

Ein gravierendes Ergebnis war, dass lediglich 45 Personen über eine eigene Wohnung verfügen. 57% der von uns befragten Personen sind zum Kreis der Wohnungslosen zu zählen. Die Interviewer*innen haben den Eindruck gewonnen, dass die befragten Menschen, auf einem innerstädtischen Platz ihren letzten Zufluchtsort sehen und teilweise nicht wissen, wo sie sich ansonsten aufhalten können. Ein darüber hinaus interessantes Nebenergebnis war, dass die Landeshauptstadt Hannover der Anlaufpunkt für das Flächenland Niedersachsen ist, wenn illegalisierter Substanzkonsum vorliegt. In unserer täglichen Arbeit ist Anonymität und damit verbunden das „Nicht-Abfragen“ persönlicher Daten ein Schlüssel, um Zugang zu Menschen zu finden. Im Rahmen der Befragung war dies anders. Einige Betroffene erzählten, dass sie nach Hannover gekommen sind, da in ihren Heimatstädten (Braunschweig, Göttingen, Salzgitter, Oldenburg, Osnabrück) die Verfügbarkeit von illegalisierten Substanzen nicht gegeben ist. Teilweise erhofften sie sich auch, dass Hannover ein besseres Hilfesystem hat, welches z.B. die Möglichkeit der Unterbringung bei Obdachlosigkeit bietet.

Das überraschende und gleichzeitig erschreckende Ergebnis der Befragung war, dass die Menschen sich Mülleimer, Sitzmöglichkeiten, Toiletten sowie einen Schutz vor Sonne und Regen erbiten und in den verschiedenen Facetten den Wunsch nach Sicherheit äußern. Diese Dinge gehören zu den existentiellen Grundbedürfnissen und der Zugang sollte in einer sozialen Gesellschaft für alle Menschen sowieso gegeben sein.

Die Wünsche der Betroffenen soll in naher Zukunft eine Umsetzung finden. Die LH Hannover hat bereits Licht für die Abendstunden sowie Mülleimer installieren lassen. Außerdem wird der Platz regelmäßig durch AHA gereinigt. Darüber hinaus wurde eine Ausschreibung zur Planung von Sitzgelegenheiten und Witterungsschutz durch die LHH in Auftrag gegeben.

Allgemeine Öffentlichkeitsarbeit

2019 wurden im Rahmen der allgemeinen Öffentlichkeitsarbeit folgende Veranstaltungen durchgeführt:

Jährlich arbeiten wir in dem **Frauen*bündnis zum 8. März** mit und beteiligen uns an der Umsetzung eines Veranstaltungsprogramms sowie der Erstellung einer Frauenzeitung, die zu diesem Anlass veröffentlicht wird. Dieses Angebot richtet sich an die allgemeine Öffentlichkeit und versucht den Blick auf die spezifische Lebenswelt von Frauen* zu richten. Direkt am 8. März 2019 machten wir eine Aktion, bei der wir im Rahmen von Streetwork Frauen* ansprachen, Give-aways verteilten und auf unsere Arbeit aufmerksam machten. Hierbei konnten wir mit 21 Frauen* Gespräche über frauenrelevante Themen führen. Am 14.3.2019 haben wir in Kooperation mit der Beratungsstelle Phoenix und dem Kino im Sprengel den Film **„Die Sexarbeiterin“** gezeigt. In der anschließenden Podiumsdiskussion wurden von den 40 Zuschauer*innen Fragen gestellt, die eine Mitarbeiterin von La Strada sowie eine Mitarbeiterin von Phoenix beantworteten.

Wir bieten auf Nachfrage **Informationsgespräche** in unserer Einrichtung an. Hierzu können sich interessierte Personen an uns wenden und einen Termin vor Ort vereinbaren. Im Jahr 2019 fanden sechs Termine statt, die von jeweils ein bis zwei Personen in Anspruch genommen wurden. Außerdem hat eine Gruppe von FSJler*innen die Möglichkeit genutzt, um Einblicke in die Themen Sexarbeit und Substanzkonsum zu bekommen.

Öffentlichkeitsarbeit für die Zielgruppe unserer Einrichtung betreiben wir u.a. durch die Organisation und Durchführung öffentlichkeitswirksamer Veranstaltungen. Exemplarisch ist der alljährlich stattfindende **„Gedenktag für verstorbene Drogengebrauchende“** am 21. Juli zu benennen. Außerdem fand in diesem Jahr in der Zeit vom 23. bis zum 27. September auf dem Steintorplatz das Schwarmkunstprojekt **Strich-Code-Move** statt. Das Projekt hatte zum Ziel die Diskussion über Werte und Wertschätzung der Sexarbeit mit Mitteln der Schwarmkunst anzustoßen. Die Fragestellung „Kann es einen Gesetzes-Code für den

Strich geben?“ wurde mit den Besucher*innen beim gemeinsamen Kunst-Machen diskutiert. Auf dem Steintorplatz gab es eine Installation bestehend aus fünf begehbaren Lovemobilen, mit unterschiedlichen Themenschwerpunkten – Ask a Sexworker, Geschichte der Sexarbeit von der Antike bis heute, Sexwork in Hannover, Performances zu Scham und Intimität, Voices of Sexworker. Diese boten den Besucher*innen umfangreiche Informationen zur Sexarbeit. Bei dieser Veranstaltung von der bundesweiten Kampagne „Sexarbeit ist Arbeit“ und Phoenix e.V. konnte La Strada die Perspektive der drogengebrauchenden Sexarbeiter*innen beisteuern. Im Laufe der fünf Tage haben ca. 1000 Personen die Chance genutzt, sich mit dem Thema Sexarbeit zu beschäftigen und aktiv Schwarmkunst zu machen. Bei den 38 begleitenden Veranstaltungen konnten darüber hinaus 400 Teilnehmende gezählt werden. Mehr Infos dazu finden sie im Jahresbericht unter *Beratungsstelle Phoenix / Besondere Aktivitäten in 2019* auf Seite 18.

In 2019 gab es zwölf Termine mit Personen aus den politischen Fraktionen des Landtages und der Stadtbezirkbürgermeisterin sowie aus der städtischen bzw. niedersächsischen Verwaltung. An diesen Terminen konnten wir gemeinsam mit dem Projekt Phoenix unsere konkrete Arbeit darstellen aber auch über die Probleme bei der Umsetzung des Prostituiertenschutzgesetzes und die steigende Problematik der Wohnungslosigkeit informieren.

Kollegiale Beratung / Fortbildung / Ausbildung

Auf **Landesebene** beteiligte sich La Strada an der Konzeption und Umsetzung einer **Harmreduction Kampagne** der Aidshilfe Niedersachsen. Durch Stigmatisierung und Kriminalisierung ist die Lebenswelt von drogengebrauchenden Frauen*, die in der Sexarbeit tätig sind, in einem Graubereich und schwer zugänglich. Als einzige frauen*spezifische Einrichtung konnten wir die Belange der betroffenen Frauen* einbringen. Im Jahr 2019 haben zwei Treffen in der Aidshilfe Niedersachsen stattgefunden, um diese durch Mittel des Mac Aids Funds unterstützte

Kampagne zu konzipieren. Beteiligt waren unter anderem die Aidshilfen Osnabrück, Wilhelmshaven, Hannover, Braunschweig sowie JES Peine und Hannover. In 2019 wurde die Kampagne praktisch umgesetzt. Ab Mai 2019 konnten wir die Safer-Use Materialien bei unserer aufsuchenden Arbeit einsetzen.

Die **kollegiale Beratung** von Fachkräften hinsichtlich der Themen Drogengebrauch verbunden mit Sexarbeit wird viel nachgefragt. In der täglichen Arbeit zeigt sich dies durch den Wunsch der Mitarbeitenden des Kommunalen Sozialen Dienstes (Jugendamt) oder Mitarbeiter*innen von JobCentern, die sich Begleitung der Klient*innen durch uns wünschen bzw. Anfragen nach Informationen zu unserer Arbeit stellen. Im Jahr 2019 haben sechs persönliche Termine mit ein bis zwei Kolleg*innen stattgefunden. Außerdem fanden drei Treffen mit jeweils 15 bis 30 Teilnehmenden statt. Telefonberatung wird im Rahmen der kollegialen fachlichen Beratung besonders häufig in Anspruch genommen. In 2019 haben 79 telefonische Beratungen mit Kolleg*innen u.a. aus anderen Einrichtungen der Suchthilfe, der Jugendhilfe, aus Kliniken und Jobcentern sowie aus Fachberatungsstellen für Sexarbeiter*innen stattgefunden.

Auf regionaler Ebene bringen wir unser Wissen bei der **Organisation und Strukturierung der gesundheitlichen Beratung und der ordnungsrechtlichen Anmeldung nach dem ProstSchG** für Sexarbeiter*innen im Rahmen von Treffen mit dem Gesundheitsamt der Region Hannover, dem Gewerbe- und Ordnungsamts der Landeshauptstadt Hannover sowie der Region Hannover ein. In 2019 gab es diesbezüglich drei Treffen.

Die **Ausbildung von Fachkräften** ist für uns ein wichtiges Anliegen. Auf Landesebene sind wir präsent an **Hochschulen** (Hochschule Hannover und Universität Hannover). Neben Fachvorträgen beteiligen wir uns an Veranstaltungen wie der Praxis-Kontakt-Messe der Hochschule Hannover zum Bekanntmachen des Trägervereins und des Projektes La Strada bei Studierenden. Regelmäßig bieten wir Student*innen die Möglichkeit in unserer

Einrichtung **Praktika** abzuleisten. Wir gewährleisten eine engmaschige Anleitung, die Einblick in theoretisches und praktisches Wissen der Arbeitsbereiche gibt und differenzierte Reflexion ermöglicht. Im Jahr 2019 haben drei Student*innen ein achtwöchiges Praktikum bei uns absolviert. Es wurden zwei Seminare mit jeweils ca. 50 Studierenden zum Thema „Harmreduction und Frauenspezifik“ durch uns an der Hochschule angeleitet. Im Rahmen der Erstsemester Präsentationen an der Hochschule Hannover konnte eine Mitarbeiter*in von La Strada die Arbeit vorstellen und als Gutachter*in fungieren. Außerdem haben drei Studierende ihre Praxisanteile des Projektstudiums im La Strada durchgeführt. Im Rahmen dessen wurde ein Angebot für Mütter und Kinder entwickelt, das auch älteren Kindern einen Aufenthalt in der Anlaufstelle ermöglicht (s.o.)

Vernetzung

Ein weiterer wichtiger Bestandteil unserer Arbeit ist die bundes- und landesweite Vernetzung mit Fachkräften und Einrichtungen. Auf **Bundesebene** ist La Strada Gründungsmitglied und einzige Vertretung für das Land Niedersachsen in der Bundesarbeitsgemeinschaft „Sexarbeit und illegalisierte Drogen“ unter dem Dach der Deutschen Aids Hilfe (DAH). Ein- bis zweimal jährlich tagt dieses Gremium für zwei bis drei Tage in wechselnden Großstädten. Im Jahr 2019 wurde ein drei tägiges Treffen mit 15 Teilnehmenden von uns vorbereitet und moderiert, es fand im Mai in Frankfurt statt. An einem weiteren Treffen haben wir im November in Berlin teilgenommen.

Unser Trägerverein Phoenix ist Mitglied im Paritätischen Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V. Im **Fachbereich Sucht des Paritätischen** sind alle stationären und ambulanten Mitgliedseinrichtungen der Drogenhilfe vernetzt. Viermal im Jahr findet eine ganztägige Tagung des Fachbereichs Sucht statt, an der wir aktiv teilnehmen.

In **Niedersachsen** sind wir über den „**Arbeitskreis niedrigschwelliger Treffs**“ mit unterschiedlichsten Einrichtungen aus dem Bereich der Drogenhilfe im Austausch. Diese Treffen finden je-

weils an einem anderen Standort landesweit statt (u.a. Göttingen, Wolfenbüttel, Hameln, etc.). La Strada ist in dieser Arbeitsgemeinschaft die einzige frauen*spezifische Einrichtung. In diesem Rahmen wird von den anderen Einrichtungen unsere Expertise abgefragt. Im Jahr 2019 hat der Arbeitskreis viermal getagt.

Im **Arbeitskreis „Drogen und Strafvollzug“** unter dem Dach der Aidshilfe Niedersachsen, welcher in wechselnden Städten in **Niedersachsen** tagt, sind Einrichtungen aus dem gesamten Land organisiert. Wir bringen die frauen*spezifische Perspektive in Bezug auf Drogengebrauch und Strafvollzug ein, welche uns unter anderem durch die aufsuchende Sozialarbeit in der JVA Vechta, Abteilung Hildesheim vertraut ist. Dieser Arbeitskreis hat im Jahr 2019 dreimal stattgefunden.

Weitere wichtige Kooperationspartner im Bereich der Selbsthilfe auf **Landesebene** sind der **Landesverband der Elternkreise Drogenabhängiger und -gefährdeter e.V.** sowie **JES** (Junkies, Ehemalige, Substituierte) **Niedersachsen**. Selbsthilfe ist eine bedeutende Säule für die Arbeit mit drogengebrauchenden Menschen und deren Angehörigen. Die Zusammenarbeit mit den benannten Organisationen ist eine wichtige Ergänzung unserer Perspektive auf die Lebenswelt der betroffenen Frauen*.

Unser Trägerverein ist Mitglied im **Landesfrauenrat Niedersachsen**. Auf den Treffen vertreten wir als Phoenix e.V. die Belange von (drogengebrauchenden) Sexarbeiter*innen.

Regelmäßig gestalten wir in folgenden **Arbeitskreisen** mit: „**Sucht, Drogen und Aids**“, „**Familie und Sucht**“ sowie „**Streetwork**“. Zusätzlich nehmen wir an Gremien wie dem „**Runden Tisch Sucht und Drogen**“ und dem „**Traumanetzwerk**“ teil.

Statistik

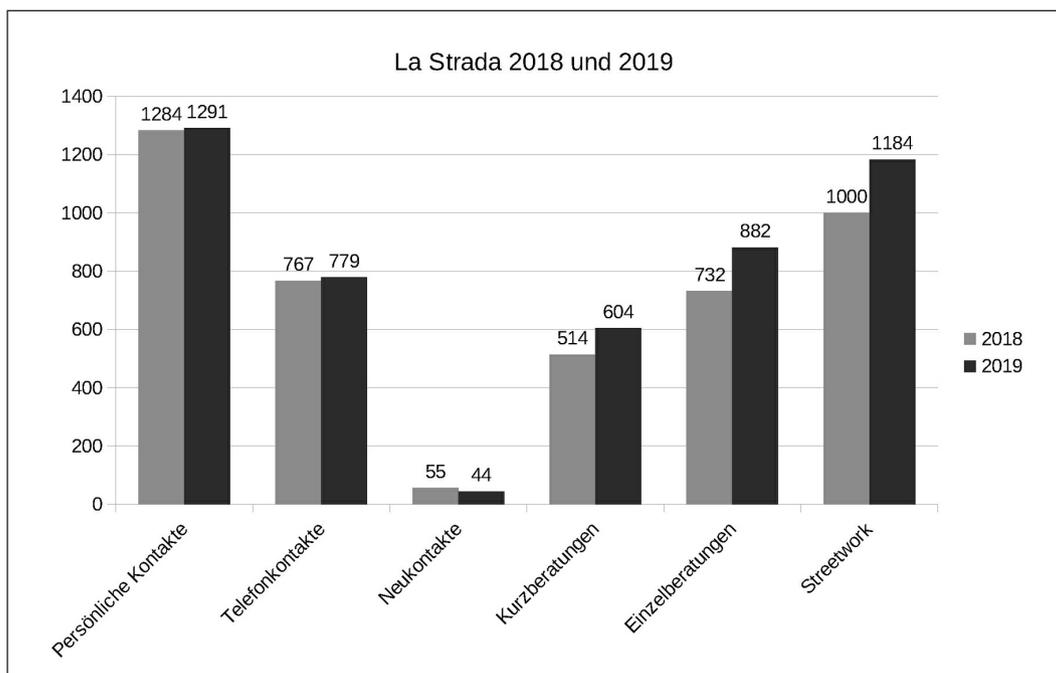
Die Anlaufstelle La Strada konnte 2019 insgesamt 2070 Kontakte verzeichnen. Davon waren 1291 persönliche Kontakte im niedrigschwelligen Café. Dieses Angebot wurden in 2019 von 95 verschiedenen Frauen* persönlich in Anspruch genommen.

Außerdem gab es 779 telefonische Kontakte, viele davon finden anonym statt. In 2019 wurden 882 Einzelberatungen und 604 Kurzberatungen in Anspruch genommen. Diese fanden sowohl persönlich als auch telefonisch statt. Im letzten Jahr haben 44 neue Frauen* die verschiedenen Angebote der Anlaufstelle La Strada persönlich oder telefonisch genutzt.

Im Rahmen der aufsuchenden Arbeit konnten insgesamt 1 184 Kontakte gezählt werden. Da in diesem Rahmen die Anonymität eine große Rolle spielt und wir sehr viele verschiedene Frauen* antreffen, können absolute Zahlen von verschiedenen

Nutzer*innen oder auch Erstkontakte nicht erhoben werden. Jedoch treffen wir bei der aufsuchenden Arbeit Frauen*, die das Angebot von La Strada nicht kennen oder noch nicht nutzen.

Die Arbeit der Fachberatungsstelle bildet sich in folgenden Zahlen ab, bei 50 Veranstaltungen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit und angebotener Fortbildungen, konnten 736 Menschen erreicht werden. Dazu kommen noch die ca. 1 400 Menschen die durch die Ausstellung und die begleitenden Veranstaltungen im Rahmen von Strichcode Move erreicht werden konnten.



4. Das Projekt Nachtschicht

Projektbeschreibung

Seit dem 7.9.2005 ist die aktuelle Sperrbezirksverordnung für den Straßenstrich Hannover in Kraft. In der Zeit von 20 Uhr bis 6 Uhr darf in der Mehlstraße und einem Teil der Andreaestraße sowie in der Herschelstraße zwischen Brüderstraße und Cellerstraße der Sexarbeit nachgegangen werden. Seit dem 1.12.2005 besteht für den Bereich der Straßenprostitution ein abendliches Beratungs- und Rückzugsangebot. Von Montag bis Donnerstag können die Sexarbeiter*innen hier zu den Öffnungszeiten von 20.30 Uhr bis 23 Uhr eine Ansprechpartner*in finden.

Das Café Nachtschicht ist ein Kooperationsprojekt des Vereins Phoenix (La Strada – Anlauf und Fachberatungsstelle für drogengebrauchende Frauen*, sowie Phoenix – Fachberatungsstelle für Sexarbeitende) und der Region Hannover (Fachbereich Gesundheit Region Hannover, Team Prävention und Gesundheitsförderung). Finanziert wird das Projekt von der Landeshauptstadt Hannover und der Region Hannover.

Zu den Angeboten des Projekts Nachtschicht gehören die Grundversorgung mit Arbeitsmaterialien wie Kondomen und Gleitgel, Spritzenaustausch und die Möglichkeit der niedrigschwiligen Beratung und Prävention. Die Einrichtung dient als geschützter Raum, sodass sich die Frauen* aus dem Straßenmilieu zurückziehen und sich untereinander austauschen oder mit den Sozialarbeiter*innen ins Gespräch kommen können. Während des Abends gehen die Mitarbeiter*innen zu Fuß über den Straßenstrich, um weitere Sexarbeiter*innen zu erreichen. Für die Frauen*, die das Café und die damit verbundenen Angebote aus unterschiedlichen Gründen (noch) nicht nutzen, soll diese Ansprache Schwellenängste abbauen. Die Kombination aus Streetwork und dem Angebot einer festen Beratungsstelle ergänzt sich optimal, so dass viele Frauen* von dem Angebot erreicht werden.

Das Besucher*innenprofil im Café Nachtschicht ist in den Jahren deutlich im Wandel, was eine Anpassung des vorgehaltenen Angebots erfordert. Mehr als die Hälfte der Sexarbeiter*innen haben einen Migrationshintergrund. Den größten Teil der Sexar-

beiter*innen im Café stellen Frauen aus Bulgarien und Rumänien. Weiterhin kommen einige Personen aus Ungarn sowie aus Polen. Vereinzelt treffen wir Frauen* aus anderen süd- bzw. osteuropäischen Ländern an. In der Arbeit mit ihnen stellt sich für uns vor allem das Problem der Sprachbarriere und anderer kultureller Prägungen, die im Umgang beachtet werden müssen. Frauen* mit Substanzgebrauch nutzen im Café Nachtschicht den Spritzenaustausch, die Kondomvergabe und fragen kurze Beratungsgespräche nach. Darüber hinaus sind deutsche „Profifrauen*“, Gelegenheitsprostituierte und vereinzelt transsexuelle Prostituierte verschiedener Nationalitäten auf dem Straßenstrich anzutreffen. Insgesamt wechseln die angetroffenen Frauen*, flexibel und ihren momentanen Lebensumständen angepasst, die Bereiche und Orte, um der Sexarbeit nachzugehen.

Im Café Nachtschicht findet Beratung zu Gesundheit, rechtlichen Fragestellungen rund um das Prostitutionsgesetz und das Prostituiertenschutzgesetz, zur Sperrbezirksverordnung und zu psychosozialen Themen statt. Krisenintervention sowie die Gesundheits- und Gewaltprävention sind zentrale Inhalte der Arbeit. Vertrauliche Gespräche können jedoch nur stattfinden, wenn sich eine Frau* allein im Café befindet, da es hierfür keinen abgetrennten Bereich gibt.

Besonders für Neueinsteiger*innen bietet das Café Nachtschicht eine sinnvolle Möglichkeit, sich über die Arbeit auf der Straße zu informieren. Das Thema Arbeitssicherheit (Gesundheitsschutz und Schutz vor Gewalt) bildet anfangs den Schwerpunkt der Gespräche. Durch die kontinuierliche Anwesenheit der Streetworker*innen in diesem Bereich werden vermehrt Frauen* an die Hintergrundeinrichtungen angebunden.

Zwischen der Polizeiinspektion Mitte, dem Fachkommissariat Milieu, verschiedenen Fachbereichen der Landeshauptstadt Hannover, der Region Hannover – Fachbereich Gesundheit, Team Prävention und Gesundheitsförderung und den Projekten La Strada und der Fachberatungsstelle Phoenix des Vereins Phoenix e.V. findet ein sporadischer Austausch statt. Diese Gespräche tragen dazu bei, dass alle Beteiligten sich auf den aktuellen Stand bringen und dienen zum Besprechen von Unstimmigkeiten

und Problemen der Sexarbeiter*innen, der Anwohner*innen sowie aller anderen Beteiligten. Ergänzt wird dieser Austausch durch die vierteljährliche Innenstadtkonferenz.

Verdrängung

Der **geplante Abriss des Postgiroamtes und das Neubauprojekt „Stadtquartier Goserie“** führten im Dezember 2019 zu erneuten Diskussionen um den Standort des hannoverschen Straßenstrichs. Der Straßenstrich als Arbeitsort besteht mit der aktuellen Sperrgebietsverordnung seit 14 Jahren. Der Straßenstrich ermöglicht das innenstadtnahe Anbieten sexueller Dienstleistungen mit einem gewissen Maß an sozialer Kontrolle. Eine Polizeistation befindet sich in direkter Nähe. Sexarbeit an der Straße ist eine urbane Realität in Großstädten, die sich auch in Hannover in das innerstädtische Leben, unter den momentanen Rahmenbedingungen, überwiegend reibungslos eingefügt hat. Die Sexarbeitenden haben an dem jetzigen Standort ein hohes Sicherheitsempfinden. Die Zielgruppe ist für uns Sozialarbeiter*innen schnell, effektiv und sicher erreichbar. Zudem ist das Gebiet als gut kontrollierbar und überschaubar zu bewerten.

Ein Blick zurück: Das damalige Gleichstellungsbüro der Landeshauptstadt Hannover hat im Jahr 2001 einen hygienischen Mindeststandard für den Straßenstrich gefordert. Im Zuge dessen wurde zwei Jahre lang darauf hingearbeitet, den Sexarbeitenden ein Toilettenhäuschen vor Ort zur Verfügung zu stellen. Vor 15 Jahren führten Beschwerden von Bürger*innen zur Erweiterung des Sperrbezirkes und damit zu einer Reduzierung der Standfläche. Vom ursprünglichen Plan, den Straßenstrich aus der Innenstadt zu verbannen, wurde jedoch Abstand genommen, da keine alternativen Orte gefunden wurden. Drei mögliche Standorte wurden damals als Ausweichort geprüft und als nicht geeignet verworfen. Der damalige Polizeipräsident Klosa entschied, dass der Standort für den Straßenstrich nicht geändert werden und in der Innenstadt verbleiben sollte. Schon damals wurden Voraussetzungen für einen angemessenen Ort für den Straßenstrich benannt: Gute Anbindung an das Verkehrsnetz (max.

Zone 1), eine Toilette mit Waschgelegenheit vor Ort, die Nähe zur Polizei sowie ausreichend gute Lichtverhältnisse und Haltemöglichkeiten. Außerdem muss soziale Kontrolle, d.h. Überschaubarkeit des Geländes und keine abgelegenen Straßen, gegeben sein. Die Akzeptanz der Bevölkerung im Stadtteil sowie die Möglichkeit zur Etablierung eines sozialpädagogischen Angebotes wurden ebenfalls benannt. Auch heute plädieren wir aus unserer fachlichen Sicht und mit den jahrelangen Erfahrungen für den jetzigen Standort.

Der Arbeitsplatz Straßenstrich hat für die Sexarbeitenden viele Vorteile und ermöglicht ein selbstbestimmtes Arbeiten, was im Bereich der sexuellen Dienstleistungen große Bedeutung hat. Es gibt Sexarbeitende, die aus den unterschiedlichsten Gründen nur an diesem Arbeitsplatz tätig sein wollen. Sei es, weil sie nur gelegentlich arbeiten möchten, drogengebrauchend sind oder hier arbeiten können, ohne die Kosten einer Zimmeranmietung auf sich zu nehmen. Am aktuellen Standort ist die Balance aus Sichtbarkeit für interessierte Kund*innen und einem gewissen Maß an Diskretion und Unauffälligkeit gegenüber vorbeigehenden Passant*innen und Anwohner*innen gegeben. Die Bauplanungen sollten berücksichtigen, dass Ein- und Ausgänge von Wohn- und Hotelanlagen nicht an der Herschelstraße liegen. Dies gilt ebenfalls für Kinderbetreuungseinrichtungen. Das Toilettenhäuschen sollte selbstverständlich, um die hygienischen Mindeststandards auch weiterhin zu gewährleisten, erhalten bleiben.

Zusammenfassend bleibt festzustellen, dass Sexarbeit seit 2002 mit Inkrafttreten des Prostitutionsgesetzes eine legale Erwerbstätigkeit mit Pflichten, aber auch Rechten ist und dadurch unter die verfassungsrechtlich geschützte Berufsfreiheit fällt. Mit dem Prostituiertenschutzgesetz aus dem Jahre 2017 wurde ein weiteres Regulationsinstrument für Sexarbeit geschaffen. Für Menschen, die in der Sexarbeit tätig sind, ist der Straßenstrich ein möglicher legaler Arbeitsplatz. Eine Verlagerung oder Abschaffung dieses Arbeitsplatzes würde prekäre Arbeitsbedingungen und Kriminalisierung vieler Sexarbeitenden zur Folge haben. Auch in anderen Städten Deutschlands hat sich gezeigt, dass innenstadtferne ausgewiesene Straßenzüge für die Sexarbeit nur

von wenigen in Anspruch genommen werden. Vielmehr verbleiben viele Sexarbeitende an ihrem angestammten Platz, riskieren Bußgelder und werden infolge ihres dann illegalisierten Arbeitsplatzes leichter Opfer von Gewalttaten wie Erpressung, Körperverletzung oder Zuhälterei.

Ein Tätigkeitsbereich der Fachberatungsstellen Phoenix und La Strada ist die Lobbyarbeit für Sexarbeitende. Stigmatisierung und Diskriminierung sind auch heute noch Lebensrealität für Menschen, die sexuelle Dienstleistungen anbieten. Die Schließung des innerstädtischen Straßenstrichs würde zu einer Verschärfung dieser Realität beitragen. Unsere Darstellungen verdeutlichen, dass im Zuge der Neugestaltung des Goseriedeareals die Arbeitssituation der Sexarbeitenden berücksichtigt werden sollte.

Bei einer Sitzung des Bezirksrats Hannover Mitte konnten Sexarbeitende vom Straßenstrich persönlich eine Unterschriftenliste zum Erhalt ihrer Arbeitsplätze übergeben. Viele Mitglieder des Bezirksrates folgten einer dabei ausgesprochenen Einladung in das Café Nachtschicht und konnten sich von Sexarbeitenden und Sozialarbeitenden über die jetzige Situation ins Bild setzen lassen. Es kam in den engen Räumlichkeiten zu einem sehr wertschätzenden und informativen Austausch. Die anwesenden Sexarbeiter*innen boten einen Einblick in ihre Lebenswelt, was von Seiten der Politiker*innen als sehr wertvoll resümiert wurde. In

der nächsten Bezirksratssitzung wurde ein Antrag, der die Prüfung der Verlegung des Straßenstrichs beinhaltete, abgelehnt.

Ein erstes Aufatmen, aber dennoch bleibt die Angst vor der Vertreibung, vor dem Verlust des bekannten Arbeitsortes. Werden am Ende die Bedürfnisse der Sexarbeitenden am Straßenstrich Hannover berücksichtigt, wenn das neue hochpreisige Quartier fertiggestellt ist und die neuen Anwohner*innen den Straßenstrich nicht vor ihrer Tür haben möchten? Auch hier geht es um das Abwägen unterschiedlicher Bedürfnisse und die Suche nach Kompromissen, die diese berücksichtigen.

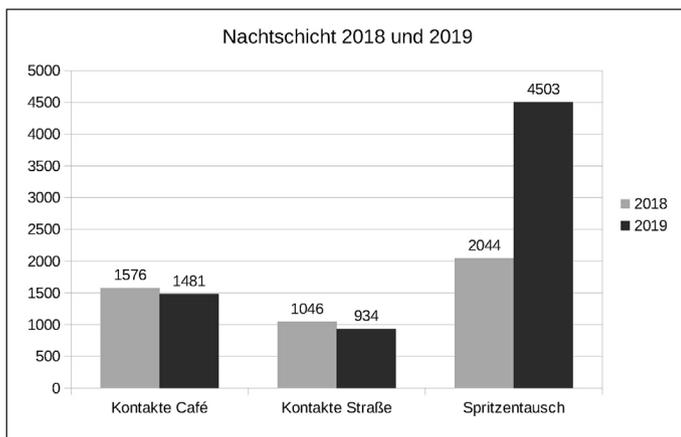
Das Angebot im Jahr 2019

Die Zahl der Sexarbeitenden auf dem Straßenstrich blieb in den letzten zwei Jahren relativ konstant. Der zahlenmäßige Rückgang nach Einführung des Prostituiertenschutzgesetzes stagnierte. Einige Sexarbeiter*innen, die sich nicht anmelden wollten, sind nicht mehr offen anzutreffen. Sie haben ihren Tätigkeitsbereich verlegt (Internet, telefonische Verabredungen, Stammfreier) und haben sich aus der Öffentlichkeit zurückgezogen.

Unsere Kontakte im Café Nachtschicht sind im Jahr 2019 mit 1481 Besucher*innen und auf der Straße mit 934 Kontakten im Vergleich zum Vorjahr nahezu stabil geblieben. Bei den abendlichen Rundgängen werden nur noch Sexarbeiter*innen gezählt, die das Café nicht besucht haben.

Das Café Nachtschicht war in 2019 an 157 Abenden geöffnet. Aufgrund personeller Engpässe konnte die Öffnungszeit durch das Team Prävention und Gesundheitsförderung der Region Hannover am Mittwoch in den ersten Monaten des Berichtsjahres nicht abgedeckt werden.

Weiterhin ist die Gruppe der drogengebrauchenden Frauen*, die auf dem Straßenstrich arbeiten sehr präsent. An vielen Abenden sind fast die Hälfte der Frauen*, die das Angebot des Café Nachtschicht nutzen, Drogengebraucher*innen. Die Zahl der ausgegebenen und getauschten Spritzen hat sich im Vergleich zum Vorjahr mehr als verdoppelt. Insgesamt wurden im Berichtsjahr 4503 Spritzen getauscht, bzw. abgegeben.



Phoenix
Escherstraße 25
30159 Hannover
kontakt@phoenix-beratung.de
www.phoenix-beratung.de



La Strada
Escherstraße 25
30159 Hannover
team@la-strada-hannover.de
www.la-strada-hannover.de



Café Nachtschicht
Brüderstraße 5
30159 Hannover
www.phoenix-verein.org




Phoenix
Fachberatungsstelle für Sexarbeitende

La Strada
Anlauf- und
Fachberatungsstelle
für drogengebrauchende
Frauen*


nachtschicht
★ Beratung und aufsuchende
Arbeit am Straßenstrich